



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

WIEN, am 15. April 1976

B E I L A G E N

zum

B E R I C H T

des Bundesministers für Landesverteidigung

vom 15. April 1976

an den Nationalrat über den gegenwärtigen
Stand der militärischen Landesverteidigung



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

WIEN, am 15. April 1976

B E I L A G E N

zum

B E R I C H T

des Bundesministers für Landesverteidigung vom

15. April 1976

an den Nationalrat über den gegenwärtigen Stand
der militärischen Landesverteidigung



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

WIEN, am 15. April 1976

B E I L A G E N V E R Z E I C H N I S

zum Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung vom
 15. April 1976 an den Nationalrat über den gegenwärtigen
 Stand der militärischen Landesverteidigung

Beilage	Inhalt	Seite
1	Gesetze, Verordnungen, Parl. Anträge, Entschlüsse, Untersuchungen, Berichte an den NR, Beschlüsse des Ministerrates und LV-Rates	1
2	Scharfschießen mit Handfeuerwaffen und PAR, Handgranatenwerfen	29
3	Scharfschießen mit schweren Waffen	30
4	Schießausbildung bei Truppenübungen	31
5	Munitionsverbrauch bei Truppenübungen	33
6	Truppenübungsplätze und Schießstätten	35
7	Truppenübungsplätze - Größenvergleiche	44
8	Körperausbildung	45
9	Militärsport	47
10	Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung	49
11	Sportstättenbau im BH	50
12	Österreichischer Heeressportverband	51
13	Sonderausbildung	54

- 2 -

Beilage	Inhalt	Seite
14	Alpinausbildung	57
15	ABC/Luftschutzausbildung	59
16	Staatsbürgerliche, Heimatkundliche und Heeresgeschichtliche Ausbildung	61
17	EF-Ausbildung (Neuregelung)	67
18	Ausbildung zum Reserveoffizier	69
19	Standesmeldung (Reservisten)	70
20	Freiwillige Waffenübungen -Statistik	71
21	Kaderpersonalentwicklung seit 1965	73
21 a	Kaderpersonalentwicklung - Graphische Darstellung	74
22	Zulagen - Überleitung auf Grund der 24. GG-Novelle	75
23	Stärken der Geburtsjahrgänge 1941 - 1970	79
24	Stellungsnachweis 1975	80
25	Ersatzverteiler ab 1. 4. 1976	81
26	Unbefristete Befreiungen von der Ableistung des GWD nach Ergänzungsbereichen und Berufs- zugehörigkeit	82
26 a	Unbefristete Befreiungen von der Ableistung des GWD nach Ergänzungsbereichen und Geburts- jahrgängen	83
27	Befristete Befreiungen von der Ableistung des GWD nach Ergänzungsbereichen und Berufs- zugehörigkeit	84
27 a	Befristete Befreiungen von der Ableistung des GWD nach Ergänzungsbereichen und Geburts- jahrgängen	85
28	Aufschreibungen der Einberufung zum GWD nach Ergänzungsbereichen und Berufszugehörigkeit	86
28 a	Aufschreibungen der Einberufung zum GWD nach Ergänzungsbereichen und Geburtsjahrgängen	87

- 3 -

<u>Beilage</u>	<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
29	Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des aoPD nach Ergänzungsbe-reichen und Berufszugehörigkeit	88
29 a	Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des aoPD nach Ergänzungsbe-reichen und Geburtsjahrgängen	89
30	Landesverteidigungsbudget 1956 - 1976	90
31	Vorbelastungen in den Jahren 1965 - 1975	91
32	Führungsrichtlinien für das Heeresmaterial-amt	92
33	Besondere Vorfälle-Gesamtaufstellung	106
33 a	Besondere Vorfälle - UN-Einsatz	107
33 b	Besondere Vorfälle - Unfälle im Dienst	108
33 c	Besondere Vorfälle - Untersuchungs-ergebnis bei Todesfällen im Dienst	109
34	Verkehrsunfallstatistik 1956 - 1974	110
34 a	Verkehrsunfallsursachen	111
35	Selbstmorde und Selbstmordversuche 1971-1974	112
36	Drogenmißbrauch	113
37	Hilfeleistungen gemäß § 2 Abs. 1 lit.c WG	114
38	Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung	115
38 a	Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung - Aufstellung nach Bundesländern	116
38 b	Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung - Mil-Luftfahrzeugeinsätze	117
39	Beistellung von Heeresgut 1972 - 1975	118
40	Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung für die XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976 119 1. 10. 1973 - 31. 12. 1975	119

- 4 -

<u>Beilage</u>	<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
41	Medienübersicht 1968 - 1975	120
42	Berufsweiterbildung 1974 - 1976	122
42 a	Berufsweiterbildung - Aufteilung auf die Militärkommanden	124
42 b	Berufsweiterbildung - Laufende Ansuchen	125
42 c	Berufsweiterbildung - Aufschlüsselung der Ansuchen	126
43	Seminartätigkeit	127

Beilage 1
zu II des Berichtes

A.

BUNDESGESETZE UND VERORDNUNGEN

I.

Bundesgesetze und Verordnungen, die vom ho. Ressort ausgearbeitet wurden und bereits in Kraft getreten sind.

Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 221, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird

Erhöhung des Taggeldes und der Dienstgradzulagen;
Erhöhung des Pauschales für Wasch- und Putzzeug;
Änderung der Bestimmungen hinsichtlich der Tragung der Bestattungskosten durch den Bund;
Änderung der Auszahlungsmodalitäten hinsichtlich Überbrückungshilfe und Prämie;
administrative Verbesserungen hinsichtlich der Auszahlung der Entschädigung bei "Pflichtwaffen-Übungen".

Bundesgesetz vom 5. Juli 1972, BGBl. Nr. 265, mit dem das Bundesgesetz über militärische Munitionslager geändert wird

Neuregelung der Kundmachungsform hinsichtlich der Verordnungen, mit denen die Gefährdungsbereiche festgelegt werden, unter Bedachtnahme auf Geheimhaltungsbedürfnisse;
Neufassung der Bestimmungen über den Gefährdungsbereich, insbesondere der öffentlich-rechtlichen Beschränkungen in diesem.

- 2 -

Bundesgesetz vom 5. Feber 1974, BGBl. Nr. 89, mit
dem wehrrechtliche Bestimmungen geändert werden

Flexiblere Gestaltung der Bestimmungen über die Berufsweiterbildung für zeitverpflichtete Soldaten; Erweiterung der Heranziehungsmöglichkeiten von bestimmten Wehrpflichtigen zu Kaderübungen; Neuregelung der Bestimmung über die Ernennung von Wehrpflichtigen zu Offizieren, Unteroffizieren oder Chargen der Reserve; flexiblere Gestaltung der Voraussetzungen für die Offiziersausbildung; Begrenzung der Frist für die Zurückziehung der Meldung zum freiwillig verlängerten Grundwehrdienst sowie zum Grundwehrdienst in der Dauer von acht Monaten; Erweiterung der Möglichkeiten zur Berufsweiterbildung im freiwillig verlängerten Grundwehrdienst; Klärstellung verschiedener Bestimmungen über die Ableistung von Inspektionen und Instruktionen

Bundesgesetz vom 11. Juli 1974, BGBl. Nr. 413, mit dem
das Heeresgebührengesetz geändert wird

Neufassung der Bestimmungen über die den Wehrpflichtigen gebührende Entschädigung für die Teilnahme an Truppenübungen, Kaderübungen, außerordentlichen Übungen, Inspektionen und Instruktionen oder an einem außerordentlichen Präsenzdienst im Falle des § 2 des Wehrgesetzes; Dynamisierung der Entschädigungsbeträge und Bemessungsgrundlagen (Bindung an einen Gehaltsansatz des Gehaltsgesetzes 1956)

Bundesgesetz vom 11. Juli 1974, BGBl. Nr. 414, mit dem
das Bundesgesetz über Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen geändert wird

Anhebung der Mindest- und Höchstgrenzen für die Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen und Dynamisierung (Bindung an einen Gehaltsansatz des Gehaltsgesetzes 1956); Schaffung eines "Heeresgebührenamtes"

- 3 -

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1974, BGBl. Nr. 13/1975, mit dem das Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 geändert wird

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1974, BGBl. Nr. 14/1975, mit dem das Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970 geändert wird

Dynamisierung der Zuwendungen nach den vorstehenden Bundesgesetzen (Bindung an einen Gehaltsansatz des Gehaltsgesetzes 1956) und terminologische Anpassungen an das Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974

Bundesgesetz vom 10. Juni 1975, BGBl. Nr. 369, mit dem das Heeresdisziplinargesetz geändert wird

Anpassungen an die Dienstpragmatik-Novelle 1969, die Wehrgesetz-Novellen 1969 und 1971 und das Militärstrafgesetz

Bundesgesetz vom 10. Juni 1975, BGBl. Nr. 370, mit dem das Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland geändert wird

Schaffung der Möglichkeit einer Präsenzdienstleistung im Sinne dieses Bundesgesetzes auch in Einheiten, die nicht ausschließlich aus Angehörigen des Bundesheeres zusammengesetzt sind; Neuregelungen auf besoldungsrechtlichem Gebiet sowie Änderung von disziplinarrechtlichen Bestimmungen im Hinblick auf die Novelle zum Heeresdisziplinargesetz BGBl. Nr. 369/1975

Bundesgesetz vom 11. Juni 1975, BGBl. Nr. 371, über die Verwundetenmedaille (Verwundetenmedaillengesetz)

Schaffung einer Verwundetenmedaille, die an Personen zu verleihen sind, die entweder als Angehörige des Bundesheeres bei Kampfhandlungen

- 4 -

während eines Einsatzes zum Schutz der Integrität des österreichischen Staatsgebietes oder als Angehörige des Bundesheeres bzw. einer Sicherheitsbehörde bei einem Auslandseinsatz gemäß § 1 des Bundesverfassungsgesetzes BGBl. Nr. 173 Verletzungen erlitten haben

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 5. August 1971, BGBl. Nr. 344, über den Aufwand für die Anstaltpflege von Wehrpflichtigen in heereseigenen Krankenabteilungen oder heereseigenen Krankenanstalten

Anhebung der Durchschnittskosten, die nach § 17 des Heeresgebührgesetzes vom Bund im Regreßwege geltend gemacht werden können.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 10. September 1971, mit der Teile des Neusiedler Sees und seines Uferbereiches vorübergehend zum Sperrgebiet erklärt werden.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 19. Oktober 1971, BGBl. Nr. 410, über die Zuständigkeit bestimmter Disziplinarkommissionen

Zuständigkeitsbestimmungen hinsichtlich bestimmter Disziplinarkommissionen für Berufsoffiziere und für zeitverpflichtete Soldaten.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 23. Feber 1972, mit der Teile des Neusiedler Sees und seines Uferbereiches vorübergehend zum Sperrgebiet erklärt werden.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 207, mit der die Soldatenvertreter-Wahlordnung neuerlich geändert wird

Neuabgrenzung des Anwendungsbereiches im Hinblick auf das Personalvertretungsgesetz und die "Wehrrechtsnovelle 1971"

- 5 -

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 19. Juni 1972, BGBl. Nr. 210, über den Aufwand für die Anstaltpflege von Wehrpflichtigen in heereseigenen Krankenabteilungen oder heereseigenen Krankenanstalten

Neuerliche Anhebung der Durchschnittskosten, die nach § 17 des Heeresgebührengesetzes vom Bund im Regreßwege geltend gemacht werden können.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 11. Juli 1972, BGBl. Nr. 302, betreffend die Verwendung von Geldbußen

Rechtsgrundlage für die Überweisung von Geldbußen, die nach den Bestimmungen der Dienstpragmatik oder des Heeresdisziplinargesetzes verhängt wurden, an die "Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen".

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 14. Juli 1972, BGBl. Nr. 314, mit der Teile des Garnisonsübungsplatzes und der Sprengübungsplatz Obere Fellach zu Sperrgebieten erklärt werden.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 15. Juli 1972, BGBl. Nr. 315, mit der Teile des Truppenübungsplatzes Lizum-Walchen zum Sperrgebiet erklärt werden.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 28. Juli 1972, BGBl. Nr. 322, mit der Teile des Kolomannsberges zum Sperrgebiet erklärt werden.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 19. Oktober 1972, mit der Teile des Neusiedler Sees und seines Uferbereiches vorübergehend zum Sperrgebiet erklärt werden.

- 6 -

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 13. Feber 1973, BGBl. Nr. 84, über die Festsetzung der Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan und einer pauschalierten Aufwandsentschädigung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 26. Feber 1973, mit der Teile des Neusiedler Sees und seines Uferbereiches vorübergehend zum Sperrgebiet erklärt werden.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 24. April 1973, BGBl. Nr. 205, über die Zuständigkeit bestimmter Disziplinarkommissionen.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 18. Juli 1973, BGBl. Nr. 364, über den Aufwand für die Anstaltpflege von Wehrpflichtigen in heereigenen Einrichtungen

Neuerliche Anhebung der Durchschnittskosten, die nach § 17 des Heeresgebührengesetzes vom Bund im Regresswege geltend gemacht werden können.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 29. August 1973, BGBl. Nr. 456, über die Zuständigkeit betreffend die Dienstbeurteilung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 19. September 1973, BGBl. Nr. 498, mit der der Truppenübungsplatz Hochfilzen zum Sperrgebiet erklärt wird.

- 7 -

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 22. Oktober 1973, mit der Teile des Neusiedler Sees und seines Uferbereiches vorübergehend zum Sperrgebiet erklärt werden

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 9. November 1973, BGBl. Nr. 559, über die Festsetzung der Journaldienstzulagen und Bereitschaftentschädigungen für den Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 7. Februar 1974, BGBl. Nr. 108, über die Zuständigkeit betreffend die Dienstbeurteilung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung

Verordnung der Bundesregierung vom 29. Jänner 1974, BGBl. Nr. 146, mit der die Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer (ADV) geändert werden

Neuregelung der Bestimmungen über Tagwache und Zapfenstreich; Änderung der Bestimmungen über den Ausgang sowie verschiedene Präzisierungen und Anpassungen

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 17. Juli 1974, BGBl. Nr. 461, über den Aufwand für die Anstaltpflege von Wehrpflichtigen in heereigenen Einrichtungen

Neuerliche Anhebung der Durchschnittskosten, die nach § 17 des Heeresgebührengesetzes vom Bund im Regresswege geltend gemacht werden können.

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 7. Oktober 1974 über das Sperrgebiet Neusiedler See

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 13. Dezember 1974, BGBl. Nr. 24/1975, über die Festsetzung der Pauschalvergütung für den verlängerten Dienstplan und einer pauschalierten Aufwandsentschädigung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 13. Dezember 1974, BGBl. Nr. 25/1975, über die Festsetzung der Journaldienstzulagen für Sanitätsdienste

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 8. Jänner 1975, BGBl. Nr. 52, mit der die Verordnung über die Zuständigkeit betreffend die Dienstbeurteilung für bestimmte Angehörige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung geändert wird

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 30. Jänner 1975 über das Sperrgebiet Neusiedler See

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 12. März 1975, BGBl. Nr. 176, über die Festsetzung der Journaldienstzulagen und der Bereitschaftentschädigungen für den Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 23. Mai 1975, BGBl. Nr. 308, betreffend die Prüfung

für den Fachdienst in der Heeresverwaltung

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 11. Juli 1975, BGBl. Nr. 406, über die Ausstattung und die Art des Tragens der Verwundetenmedaille

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 29. Juli 1975, BGBl. Nr. 438, über den Aufwand für die Anstaltpflege in heereigenen Einrichtungen

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 13. Oktober 1975 über das Sperrgebiet Neusiedler See

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 14. Oktober 1975, BGBl. Nr. 540, betreffend die Feststellung einer im Instanzenzug übergeordneten Disziplinar-kommission für zeitverpflichtete Soldaten

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 1. Dezember 1975, BGBl. Nr. 620, über das Sperrgebiet Großmittel

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 28. Jänner 1976 über das Sperrgebiet Neusiedler See

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung vom 28. Jänner 1976, BGBl. Nr. 55, über das Sperrgebiet Fußbach

- 10 -

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung
vom 28. Jänner 1976 , BGBl. Nr. 56, über das Sperrgebiet
Großharras

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung
vom 28. Jänner 1976, BGBl. Nr. 57, über das Sperrgebiet
Kohlreithberg

Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung
vom 13. Feber 1976 über das Sperrgebiet Neusiedler See

II.

Bundesgesetze und Verordnungen, die beim ho. Ressort
in Vorbereitung stehen bzw. bereits ausgearbeitet wurden,
aber noch nicht in Kraft getreten sind

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wehrgesetz
geändert wird (Wehrgesetz-Novelle 1976)

Anpassung der Bestimmungen des Wehrgesetzes
über den Zweck des Bundesheeres an die durch
das Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr.368/1975
geänderte Verfassungsrechtslage; Neuordnung
des Stellungswesens; Neufassung der Bestimmungen
über Truppenübungen und Kaderübungen, um den
Aufbau und die Erhaltung der Reserveverbände
sicherzustellen sowie Erweiterung der Höchst-
dauer des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes;
Harmonisierung der Bestimmungen über die "beruf-
liche Bildung" für zeitverpflichtete Soldaten und
Wehrpflichtige, die einen freiwillig verlängerten
Grundwehrdienst leisten, sowie inhaltliche Ver-

- 11 -

besserung des Anspruches auf "berufliche Bildung"; Normierung dieses Anspruches auch für "Offiziere auf Zeit"; Neugestaltung der Bestimmungen über die Dienstfreistellung; sonstige der Verbesserung der Einsatzfähigkeit des Bundesheeres dienende Änderungen

(Begutachtungsverfahren)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Heeresgebühren-gesetz geändert wird

Erhöhung des Taggeldes entsprechend den seit der letzten Anpassung geänderten Lebenshaltungskosten; Schaffung der gesetzlichen Grundlage für die Übernahme der bei bestimmten Verwendungen (Flugdienst, Fallschirmspringer, Auslandseinsatz) von Wehrpflichtigen im Präsenzdienst notwendigen Versicherungskosten durch den Bund; Änderungen der Bestimmungen über die gesundheitliche Betreuung der Wehrpflichtigen im Sinne einer präziseren Umschreibung der verschiedenen Leistungen

(ressortinterne Vorbereitung)

Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung, mit der die Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer (ADV) erlassen werden

Neugestaltung der Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer im Hinblick auf geänderte Erfordernisse des militärischen Dienstbetriebes

(ressortinterne Vorbereitung)

Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung, mit der der Truppenübungsplatz Seetaler Alpe zum Sperrgebiet erklärt wird

(ressortinterne Vorbereitung)

Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Landesverteidigung über das Sperrgebiet Bruckneudorf

(ressortinterne Vorbereitung)

III.

Bundesgesetze und Verordnungen, an deren Vorbereitung das ho. Ressort wesentlich beteiligt war, die bereits in Kraft getreten sind

Bundesgesetz vom 27. April 1972, BGBl. Nr. 167, mit dem das Gehaltsüberleitungsgesetz geändert wird (1. Gehalts-überleitungsgesetz-Novelle 1972)

Dienst- und besoldungsrechtliche Einordnung der bisherigen Offiziersanwärter schon ab Beginn ihrer Ausbildung an der Theresianischen Militärakademie in die Verwendungsgruppe H 2 (Amtstitel Fähnrich); Schaffung des Oberst in der Dienstklasse VIII.

Bundesgesetz vom 27. April 1972, BGBl. Nr. 168, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird (23. Gehaltsgesetz-Novelle)

Schaffung einer Heeresdienstzulage; Schaffung einer Dienstzulage auch für Fähnriche (vgl. GÜG-Novelle BGBl. Nr. 167/1972).

Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 213, mit dem die Dienstpragmatik geändert wird (Dienstpragmatik-Novelle 1972)

Neuordnung der Regelung über die Dienstzeit (vgl. 24. GG-Novelle).

Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 214, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird (24. Gehaltsgesetz-Novelle)

Neuordnung der Bezüge.

- 13 -

Bundesgesetz vom 14. September 1972, BGBl. Nr. 375, über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden

Gesetzliche Vorsorge für eine möglichst flexible Gestaltung einer Auslandseinsatzzulage.

Bundesgesetz vom 22. November 1972, BGBl. Nr. 12/1973, betreffend Schiffahrtsanlagen sowie sonstige Anlagen und Arbeiten an Wasserstraßen (Schiffahrtsanlagengesetz)

Ausnahmebestimmungen im Falle eines Einsatzes des Bundesheeres oder bei der Vorbereitung dieses Einsatzes; Sonderbestimmungen bezüglich der Bewilligung und Überprüfung von Schiffahrtsanlagen des Bundesheeres sowie hinsichtlich militärischer Wasserübungsplätze u.ä.

Bundesgesetz vom 18. Juni 1973, BGBl. Nr. 317, mit dem das Gehaltsüberleitungsgesetz geändert wird (1. Gehaltsüberleitungsgesetz-Novelle 1973)

Schaffung der Möglichkeit zur Verleihung eines höheren Amtstitels an Berufsoffiziere in einem Auslandseinsatz nach dem Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 173/1965; allgemeine Neuregelung hinsichtlich der Amtstitel (im militärischen Bereich insbesondere hinsichtlich der Beamten in Unteroffiziersfunktion, des Amtstitels "Generalmajor", der Offiziere des Intendantendienstes und des militärmedizinischen Dienstes sowie der zeitverpflichteten Soldaten; Entfall des Amtstitels "Heereschefingenieur").

- 14 -

Bundesgesetz vom 18. Juni 1973, BGBl. Nr. 318, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 geändert wird (26. Gehaltsgesetz-Novelle)

Dienstzulage für Berufsoffiziere ab der Dienstklasse V; Pflegedienstzulage für Sanitätsunteroffiziere bzw. Pflegedienst-Chargenzulage für Sanitätscharen.

Bundesgesetz vom 11. Juli 1973, BGBl. Nr. 389, über die Zahl, den Wirkungsbereich und die Einrichtung der Bundesministerien (Bundesministeriengesetz 1973)

Einheitliche Regelung der Kompetenzen der einzelnen Bundesministerien; Sonderbestimmungen für den Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung; Präzisierung der "militärischen Angelegenheiten"

Bundesgesetz vom 29. November 1973, BGBl. Nr. 50/1974, mit dem Vorschriften über die Ausübung von Gewerben erlassen werden (Gewerbeordnung 1973 - GewO 1973)

Ausnahme der Anstalten und Einrichtungen des Bundesheeres zur Wartung, Instandhaltung und Lagerung von Waffen und Gerät sowie zur Verpflegung und Betreuung von Heeresangehörigen vom Anwendungsbereich der Gewerbeordnung; Anrechnung der Verwendung im Bundesheer auf die Dauer der vorgeschriebenen Beschäftigungszeit

Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974, BGBl. Nr. 60, über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch - StGB).

Bestimmungen über Landesverrat sowie Sonderabschnitt über strafbare Handlungen gegen das Bundesheer

- 15 -

Bundesgesetz vom 6. März 1974, BGBl. Nr. 180, mit dem das Gehaltsüberleitungsgesetz geändert wird (Gehalts-überleitungsgesetz-Novelle 1974)

Sinngemäße Anwendung von für zeitverpflichtete Soldaten geltenden Bestimmungen über die Zulassung zur Unteroffiziersausbildung und zu Dienstprüfungen auch auf Wehrpflichtige, die einen freiwillig verlängerten Grundwehrdienst leisten

Bundesgesetz vom 6. März 1974, BGBl. Nr. 187, mit dem Bestimmungen über den Zivildienst erlassen werden (Zivildienstgesetz)

Rechtsgrundlage für die Ableistung eines zivilen Ersatzdienstes außerhalb des Bundesheeres für Personen, die aus Gewissensgründen die Anwendung von Waffengewalt ablehnen und daher im Falle der Ableistung des Wehrdienstes in schwere Gewissensnöte geraten würden; Prüfung des Vorliegens der Gewissensgründe durch eine Zivildienstkommission; Aufhebung der Bestimmungen des Wehrgesetzes über das Recht auf Verweigerung des Dienstes mit der Waffe

Bundesgesetz vom 10. Juli 1974, BGBl. Nr. 474, über die Hilfe an Entwicklungsländer (Entwicklungshilfegesetz)

Anerkennung der Vorbereitung zum Entwicklungshelfer sowie des Einsatzes als im "öffentlichen Interesse" (im Sinne des § 29 Abs. 2 des Wehrgesetzes) gelegen

Bundesgesetz vom 11. Juli 1974, BGBl. Nr. 511, mit dem das Militärstrafgesetz an das Strafgesetzbuch angepaßt wird (Militärstrafrechtsanpassungsgesetz)

Bundesgesetz vom 7. November 1974, BGBl. Nr. 700, mit dem Bestimmungen über die Ausschreibung bestimmter leitender Funktionen getroffen werden (Ausschreibungsgesetz)

Sonderbestimmungen hinsichtlich jener Dienststellen im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung, durch deren Ausschreibung militärische Geheimnisse verletzt werden könnten

Bundesgesetz vom 16. Mai 1975, BGBl. Nr. 305, mit dem das Bundesgesetz über die Gewährung von Auslandseinsatzzulagen für Angehörige österreichischer Einheiten, die zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen entsandt werden, geändert wird

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die vorschußweise Auszahlung der Auslandseinsatzzulage

Bundesverfassungsgesetz vom 10. Juni 1975, BGBl. Nr. 368, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 durch die Einfügung von Bestimmungen über die umfassende Landesverteidigung geändert wird

Verfassungsgesetzliche Begründung der umfassenden Landesverteidigung; verfassungsgesetzliche Neuordnung der Aufgaben des Bundesheeres

Bundesgesetz vom 11. Juni 1975, BGBl. Nr. 363, mit dem das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert wird
(PVG-Novelle 1975)

Sonderbestimmungen hinsichtlich der Bekanntmachung der Zusammenfassung und Trennung von Dienststellen für den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung; Neuregelung jener militärischen Dienststellen, bei denen Fachausschüsse zu errichten sind

- 17 -

Bundesgesetz vom 3. Juli 1975, BGBl. Nr. 411, über die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern in Rohrleitungen (Rohrleitungsgesetz)

Sonderbestimmungen für den militärischen Bereich (Anhörung vor Konzessionerteilung; Ausnahme militärischen Zwecken dienender Grundstücke von einer Enteignung; Ausnahmen für Einsätze des Bundesheeres, Landesbefestigungsanlagen und militärische Sperrvorsorgen)

Übereinkommen über die Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit und über die Militärdienstpflicht in Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit, BGBl. Nr. 471/1975

Grundsatz, wonach Personen, die die Staatsangehörigkeit von zwei oder mehreren Vertragsparteien besitzen, ihre Militärdienstpflicht nur gegenüber einer dieser Vertragsparteien zu erfüllen haben

Bundesgesetz vom 3. Juli 1975, BGBl. Nr. 440, mit dem das Forstwesen geregelt wird (Forstgesetz 1975)

Rodungsmöglichkeiten im Interesse der umfassenden Landesverteidigung; Erklärung von Wald zum Bannwald auf Antrag des Bundesministers für Landesverteidigung; Bewilligung zur Errichtung von Bringungsanlagen, sofern Interessen der Landesverteidigung berührt werden

Verordnung der Bundesregierung vom 16. Mai 1972, BGBl. Nr. 185, mit der die Geschäftsordnung des Landesverteidigungsrates geändert wird

Anpassungen an die "Wehrrechtsnovelle 1971"

Verordnung des Bundesministers für Verkehr vom 5. Feber 1973, BGBl. Nr. 87, betreffend Schiffahrtsanlagen sowie sonstige Anlagen und Arbeiten an Wasserstraßen (Schiffahrtsanlagen - Verordnung)

Vgl. Schiffahrtsanlagengesetz, BGBl. Nr. 12/1973

Verordnung der Bundesregierung vom 13. Feber 1973, BGBl. Nr. 83, mit der die Wochendienstzeit der Angehörigen des Bundesheeres, ausgenommen Personen, die zum ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst einberufen sind, verlängert wird

Vgl. Dienstpragmatik-Novelle 1972, BGBl. Nr. 213

Verordnung der Bundesregierung vom 10. Dezember 1974, BGBl. Nr. 799, mit der die Wochendienstzeit bestimmter Bedienstetengruppen im Bundesdienst verlängert wird

Verlängerung der Wochendienstzeit für zeitverpflichtete Soldaten, Berufsoffiziere, Beamte und Vertragsbedienstete in einer Unteroffiziersfunktion sowie "Offiziere auf Zeit"

IV.

Bundesgesetze und Verordnungen, an deren Vorbereitung das ho. Ressort wesentlich beteiligt war, die noch nicht in Kraft getreten sind

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Dienstrechtsverfahren geändert wird

Schaffung der Möglichkeit zur Einrichtung der Korpskommanden als Dienstbehörden 1. Instanz im Verordnungswege
(Anregung an BKA 6.9.73)

Regierungsvorlage betreffend Bundesgesetz zur Durchführung des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm und zur Sicherung der Energieversorgung Österreichs (Energiesicherungsgesetz)
(12 der Beilagen XIV. GP)

Berücksichtigung des Energiebedarfes für Zwecke der militärischen Landesverteidigung bei Lenkungsmaßnahmen für Energieträger; Koordinierung von Leistungsanforderungen und Beschränkungen des Verkehrs mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung; Vertretung des ho. Ressorts im Beirat

(in parlamentarischer Beratung)

Regierungsvorlage betreffend Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (6. StVO-Novelle)
(23 der Beilagen XIV. GP)

Ausnahmeregelung vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für unaufschiebbare Fahrten mit Heeres-Lastkraftwagen

(in parlamentarischer Beratung)

Regierungsvorlage betreffend Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert (3. Kraftfahrgesetz-Novelle) und zivilrechtliche Bestimmungen über den Gebrauch von Sicherheitsgurten getroffen werden
(57 der Beilagen XIV. GP)

Erweiterung der Ausnahmebestimmung hinsichtlich jener Heeresfahrzeuge, die den Bestimmungen des Kraftfahrgesetzes nicht unterliegen; Regelung der Verwendung von Warnleuchten mit gelbrottem Drehlicht für bestimmte Fahrten mit Heeresfahrzeugen
(in parlamentarischer Beratung)

Regierungsvorlage betreffend Bundesgesetz über den Schutz personsbezogener Daten (Datenschutzgesetz)
(72 der Beilagen XIV. GP)

- 20 -

Sicherung des Schutzes personsbezogener Daten,
ohne die Wahrnehmung gesetzlich übertragener
Aufgaben in Frage zu stellen

(in parlamentarischer Beratung)

Regierungsvorlage betreffend Bundesverfassungsgesetz
über die Einrichtung der Volksanwaltschaft
(94 der Beilagen XIV. GP)

Aufrechterhaltung der primären Zuständigkeit
der Beschwerdekommission in militärischen Angele-
genheiten, um Doppelgeleisigkeiten hinsichtlich
der Ausübung des Beschwerderechtes zu vermeiden

(in parlamentarischer Beratung)

Regierungsvorlage betreffend Bundesgesetz über die Er-
richtung eines Rates für Auswärtige Angelegenheiten
(101 der Beilagen XIV. GP)

Errichtung eines Beratungsorgans der Bundes-
regierung und der einzelnen Bundesminister in
Fragen der Außenpolitik nach dem Vorbild des
Landesverteidigungsrates

(in parlamentarischer Beratung)

- 21 -

B.

PARLAMENTARISCHE INITIATIVANTRÄGE, ENTSCHLIESZUNGEN
UNTERSUCHUNGEN

BERICHTE AN DEN NATIONALRAT

Antrag 1/A der Abgeordneten MONDL und Genossen vom 5. November 1971 betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung aller Vorkommnisse im Zusammenhang mit Flugzeugeinkäufen des Bundesheeres

Beschluß des Nationalrates auf Einsetzung dieses Ausschusses vom 21. Jänner 1972.

Der Nationalrat hat den Bericht des Untersuchungsausschusses am 4. Juli 1975 zur Kenntnis genommen.

Antrag 71/A der Abgeordneten Dr. SCRINZI, ZEILINGER und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kärntner-Kreuz-Zulagengesetz 1970 geändert wird

Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuß am 21. März 1973.

BGBl. Nr. 19/1974

Antrag 72/A der Abgeordneten ZEILINGER, Dr. SCRINZI und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 geändert wird

Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuß am 21. März 1973

BGBl. Nr. 20/1974

Entschließungsantrag 76/A der Abgeordneten MARWAN-SCHLOSSER, TÖDLING, Dr. ERMACORA, Dr. PRADER und Genossen betreffend

- 22 -

Vorlage eines Berichtes über Umfang und Zielsetzung der Bundesheer-Reform sowie über die derzeitige Situation im Bundesheer

Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuß am 9. Mai 1973.

Vom Nationalrat am 14. Dezember 1973 angenommen (E 38)

Jahresbericht 1972 der Beschwerdekommission in militärischen Angelegenheiten einschließlich der seitens des Bundesministers für Landesverteidigung hiezu abgegebenen Stellungnahme (III-92 der Beilagen XIII. GP)

Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuß am 29. Mai 1973

Vom Nationalrat am 5. Februar 1974 zur Kenntnis genommen.

Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung über die Tätigkeit des UN-Kontingentes des österreichischen Bundesheeres im Jahre 1972 (III-93 der Beilagen XIII-GP)

Zuweisung an den Landesverteidigungsausschuß am 29. Mai 1973.

Vom Nationalrat am 22. Oktober 1974 zur Kenntnis genommen.

Antrag 94/A der Abgeordneten MONDL, BLECHA, HAAS und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz geändert wird

Vgl. Bundesgesetz vom 5. Februar 1974, BGBl.
Nr. 89, mit dem wehrrechtliche Bestimmungen geändert werden.

Antrag 103/A der Abgeordneten Dr. PRADER, MARWAN-SCHLOSSER, TÖDLING, Dr. MOSER und Genossen betreffend Änderung des Heeresgebührengesetzes

vom Nationalrat am 5. Feber 1974 abgelehnt

Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung über die Tätigkeit des UN-Kontingentes des österreichischen Bundesheeres im Jahre 1973 (III-137 der Beilagen XIII. GP)

vom Nationalrat am 28. April 1975 zur Kenntnis genommen

Jahresbericht 1973 der Beschwerdekommission in militärischen Angelegenheiten einschließlich der seitens des Bundesministers für Landesverteidigung hiezu abgegebenen Stellungnahme (III - 138 der Beilagen XIII. GP)

Vom Nationalrat am 28. April 1975 zur Kenntnis genommen

Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung über die Tätigkeit des UN-Kontingentes des österreichischen Bundesheeres im Jahre 1974 (III- 165 der Beilagen XIII.GP)

Vom Nationalrat am 28. April 1975 zur Kenntnis genommen

Jahresbericht 1974 der Beschwerdekommission in militärischen Angelegenheiten einschließlich der seitens des Bundes-

ministers für Landesverteidigung hiezu abgegebenen
Stellungnahme (III - 174 der Beilagen XIII. GP)

Vom Nationalrat am 11. Juni 1975 zur
Kenntnis genommen

- 25 -

C.

WICHTIGE BESCHLÜSSE DES MINISTERRATES UND DES LANDES-
VERTEIDIGUNGSRATES

29. November 1971 Beschuß des Landesverteidigungsrates betreffend Neuregelung der Einberufungstermine; dreimalige Einberufung an Stelle der bisher viermaligen pro Jahr
7. Dezember 1971 Beschuß des Ministerrates betreffend Neuregelung der Einberufungstermine; dreimalige Einberufung an Stelle der bisher viermaligen pro Jahr
7. März 1972 Beschuß des Ministerrates betreffend Heeresorganisation; Errichtung von Ämtern im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung; Zustimmung der Bundesregierung im Sinne des § 13 Abs. 1 des Wehrgesetzes
25. April 1972 Beschuß des Ministerrates betreffend Einberufung von Wehrpflichtigen der Reserve zur Hilfeleistung bei der Hochwasserkatastrophe in der Steiermark
26. April 1972 Beschuß des Landesverteidigungsrates betreffend Einberufung von Wehrpflichtigen der Reserve zur Hilfeleistung bei der Hochwasserkatastrophe in der Steiermark

8. Mai 1972	Beschluß des Landesverteidigungs- rates betreffend Änderung der Ge- schäftsordnung des Landesverteidi- gungsrates
16. Mai 1972	Beschluß des Ministerrates betreffend Änderung der Geschäftsordnung des Landesverteidigungsrates
29. Mai 1972	Beschluß des Landesverteidigungsrates betreffend Neuregelung der Ausbildung und des Einberufungstermines für Maturanten
29. Mai 1972	Beschluß des Landesverteidigungsrates betreffend Heeresgliederung 1972; Zustimmung mit der Maßgabe, daß <ul style="list-style-type: none"> a) mit der Umgliederung auf unterer Ebene nach Maßgabe der materiellen und personellen Gegebenheiten un- verzüglich begonnen; b) die Entscheidung über die obere Kommandostruktur (Armee-, Korps- und Divisionskommando) erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden soll.
9./30. Mai 1972	Beschluß des Ministerrates betreffend Neuregelung der Ausbildung und des Einberufungstermines für Maturanten
6. Juni 1972	Beschluß des Ministerrates betreffend Organisation des Bundesheeres (Heeres- gliederung 1972); Beginn der Um- gliederung auf unterer Ebene (Vgl. Be- schluß des Landesverteidigungsrates vom 29. Mai 1972)

Zirkulationsweg
(Pkt. 48 des Be-
schlußprotokolles
Nr. 42 vom
5. Oktober 1972)

Beschluß des Ministerrates be-
treffend Bildung eines "Aufstellungs-
stabes Bereitschaftstruppe"

11. Jänner 1973

Beschluß des Landesverteidigungsrates
betreffend Heeresgliederung 1972,
Beschlußfassung über obere Kommando-
struktur

16. Jänner 1973

Beschluß des Ministerrates betreffend
Organisation des Bundesheeres (Heeres-
gliederung 1972); Beschlußfassung über
die obere Kommandostruktur

18. Juni 1973

Beschluß des Ministerrates betreffend
Heeresgliederung 1972; Bericht über
die bis Juli 1973 durchgeführten Maß-
nahmen

8. November 1973

Beschluß des Landesverteidigungsrates
betreffend Neuregelung der Einberufungs-
termine; viermalige Einberufung im
Jahr

13. November 1973

Beschluß des Ministerrates betreffend
Neuregelung der Einberufungstermine;
viermalige Einberufung im Jahr

22. November 1974

Beschluß des Landesverteidigungsrates
betreffend die Organisation des Bundes-
heeres; Landwehrkonzept

20. Mai 1975

Beschluß des Ministerrates betreffend
Organisation des Bundesheeres; Gli-
ederung der Heeresfliegerkräfte

2. Juli 1975

Beschluß des Landesverteidigungs-
rates betreffend Organisation des
Bundesheeres; Zwischenführungs-
struktur im Rahmen der Heeresglie-
derung 1972

12. August 1975

Beschluß des Ministerrates betreffend
Heeresorganisation; Errichtung des
Amtes für Landesbefestigung im Wir-
kungsbereich des Bundesministeriums
für Landesverteidigung

Beilage 2
zu V des Berichtes

Scharfschießen mit Handfeuerwaffen und mit
PAR, Handgranatenwerfen

Waffe	Munition je	Patronen oder Granaten je Schütze (Soll-Stückzahlen aufgerundet)
Sturmgewehr 58 (<u>Vollprogramm</u>)	Schütze	328
Sturmgewehr 58 (<u>Kurzprogramm</u>)	Schütze	178
MG 42 (Vollprogramm, d.i. 1MG u. SMG)	MG-Schütze 1	796
8,4 cm PAR 66	Richt-Schütze	9 Granaten u. 20 ÜbPatr
7,4 cm PAR 70	PAR-Schütze	2 PAR 70 und 13 ÜbPatr

Zusätzlich hat jeder GWD eine scharfe Handgranate, je nach Vorüben mit Übungshandgranaten oder Exerzierhandgranaten, zu werfen.

Scharfschießen mit schweren Waffen

Waffe	Munition je	Patronen oder Grana- ten(Soll-Stückzahlen aufgerundet)
Granatwerfer 8 cm und 12 cm	Werfer(Trupp)	95 Granaten 68 Übungsgranaten
10,6 cm rPAK	Waffe	7 Granaten 70 Einschießpatronen
MK/SPz 1KPz/M 41 mKPz/M 47 mKPz/M 60 A1 PzJgK	Panzer	340 Patronen 59 " 59 " 74 " 79 "
Artillerie 1FH/sFH RakW	Batterie (Jahres- zuweisung)	200 300
FLAK 2 cm FLAK 58 2 cm I/FLAK 65 2 cm SPz MK 66 3,5 cm Zw/FLAK 65 4 cm Zw/FLAK 60 (M-42) 4 cm FLAK 1 70/r	Zug Zug Schützenpanzer Zug (2 Waffen) Zug (4 Waffen) Zug (2 Waffen)	540 540 150 340 480 380

Anmerkung:

Munitionsbedarf für die Ausbildung der Richt- und Ladeschützen (GWD) bzw. vergleichbarer Funktionen, für die GWD eingeteilt werden.

Beilage 4

zu V des Berichtes

Schießausbildung bei Truppenübungen (ATÜ)

1. Die WSchD-Ausbildung erfolgt in den bisherigen Ausbildungsgruppen aufbauend auf die Kenntnisse und Fertigkeiten des GWD (AGA/WGA).

2. Allgemeine Ausbildungsgruppe

- Wiederholung der Schießgrundschule
- Handhabung des StG
- Sicherheitsbestimmungen
- Scharfschießen mit StG
- Werfen von Übungshandgranaten, Exerzierhandgranaten und scharfen Handgranaten

3. Besondere Ausbildungsgruppe ¹⁾

Zusätzlich zu den Ausbildungsthemen für die Allgemeine Ausbildungsgruppe:

- Schießen mit der orgplanmäßigen Handfeuerwaffe
- WSchD im Rahmen der Ausbildungsgruppen
 - = Jg/MG 42: Gruppengefechtsschießen/Verteidigung
 - = PAR 66, mGrW, sGrW, rPAK: Schießen mit Übungsgeräten (Übungsmunition)
 - = I/FLAK: Richtübungen (Erd- und Luftziele)
 - = PzGren, MG, PAR, mGrW: GGS/Verteidigung
 - = Artillerie, Fliegerabwehrtruppe: Scharfschießen abhängig von MunLage ²⁾
 - = Pioniere: Sprengdienst ²⁾
 - = Luftschutzpioniere/Gruppe Sprengdienst: Gewöhnungs-sprengen ²⁾
 - = Sperrzüge: Schießen aus LB-Übungsanlagen ²⁾

1) Besondere Ausbildungsgruppen:

Jägertruppe/MG, PAR 66, mGrW, sGrW, rPAK, I/FLAK, Panzergrenadiere (MG, PAR 66, mGrW, BordMK), Aufklärer (mot),

- 32 -

Geschützbedienung (Artillerie, Fliegerabwehrtruppe),
Pioniere, Fernmeldedienst, Luftschtzponiere, Sperr-
zug ("Feste Anlagen"), Feldzeugdienst.

- 2) Schieß- und Sprengausbildung im einzelnen abhängig von
Ausbildungsstand und örtlichen Gegebenheiten sowie
von Munitionszuweisung!

Beilage 5

zu V des Berichtes

Munitionsverbrauch bei Truppenübungen (ATÜ)
je Mann und TÜ

1. Allgemeine Ausbildungsgruppe**a) StG**

SS 2. Übung, SGS	5. - 8. Übung	78 Patr oder
SS 2. & 4. Übung		24 Patr

b) Handgranatenwerfen

3 ÜbHG oder
ExHG + 1 HG

2. Besondere Ausbildungsgruppen**a) Orgplanmäßige Handfeuerwaffe**

- StG: (wie Pkt 1)	
- lMG: SS 1. Übung	6 Patr
EGS 4. Übung	50 Patr
- MP: SS 1. - 3. Übung	67 Patr
- P: SS 1. - 3. Übung	24 Patr

b) Schießwettbewerb (Anhalt!)

- StG: SS 5. Übung	8 Patr
- lMG: SS 2. Übung	25 Patr
- MP: SS 3. Übung	30 Patr
- P: SS 3. Übung	8 Patr

c) Schießen in der Gruppe und im Trupp (Teamwaffen)

- Jäger/MG, Panzergrenadiere/MG, PAR, mGrW: Gruppengefechtsschießen Verteidigung (Angabe je Waffe)	
= StG	40 Patr
= lMG/sMG/BordMG	150/220/150 Patr
= BordMK/SPz	
zusätzlich je Gruppe	2. - 3 ÜbHG
- PAR 66-Trupp	
- mGrW/sGrW-Trupp	
- rPAK-Trupp	

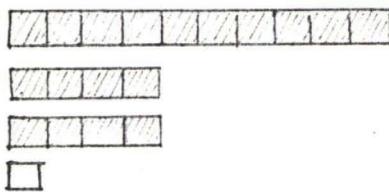
- Artillerie/Fliegerabwehr
 - Pioniere/Luftschutzpioniere
 - Sperrzüge ("Feste Anlagen")
- Munitionsverbrauch
abhängig von der
Zuweisung
-

Legende:

- SS = Schulschießprogramm
SGS = Schulgefechtsschießprogramm
EGS = Einzelgefechtsschießprogramm

Truppenübungsplätze und Schießstätten

Stand vom 1.3.1976

Zeichenerklärung: Schießstand Schießstand im BauMilKdo WIENSchSt STAMMERSDORF:

10 G/Stg

4 MG

4 MP

1 SS-Anlage (Kurzbahn)

MilKdo NIEDERÖSTERREICHTÜPl ALLENTSTEIG:Größe: 156 km²;

12 Schießbahnen;

1 Fliegerschießbahn,

1 Fla-Luftschießplatz,

2 Panzerscheibenanzuganlagen

SchSt EDELBACH:

3 G/StG (MP, MG, P)

SchSt GROSSPOPPEN/P6:

1 SS-Anlage (4 Stände)

1 SGS-Anlage

2 Einzelgefechtsschießanlagen

- 36 -

SchSt KÜHBACH:



1 ZgGS-Anlage

SchSt GROSSMITTEL:



2 G/StG (MP, MG, P)

SchSt HAINBURG:

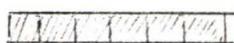


2 G/StG



3 MG (MP, P)

SchSt KREMS/EGELSEE:



6 G/StG



4 MP



2 P

SchSt MISTELBACH /TOTENHAUER:



6 G/StG (MP)



2 MG (P)

SchSt STOCKERAU/LEITZENDORF:



5 G/StG (MP, MG, P)

SchSt VÖLTENDORF:

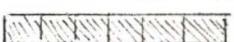


6 G/Stg (MP, MG, P)

SchSt WR. NEUSTADT/MATZENDORF:



10 G/StG



6 MG - 200 m



1 SGS-Anlage

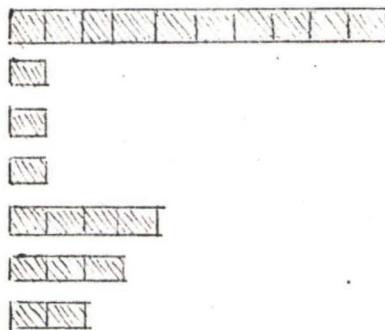
- 37 -

SchSt WEITRA/GALGENBERG:



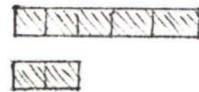
3 MG

TÜPl BRUCKNEUDORF:



- | | |
|---|----------------------------|
| 1 | SS-Anlage (10 Stände) |
| 1 | SGS-Anlage |
| 1 | EGS-Anlage |
| 1 | GrpGS-Anlage (KAISERALLEE) |
| 4 | MG |
| 3 | MP |
| 2 | P |

SchSt KAISERSTEINBRUCH:



- | | |
|---|--------|
| 5 | G /Stg |
| 2 | MP (P) |

SchSt PINKAFELD:



2 G/Stg

SchSt RIEDLINGSDORF:



2 MG

OGGAU:

FLA-Luftzielschießplatz

MilKdo STEIERMARK

TÜPl SEETALARALPE:

Größe: 18 km²

4 Schießbahnen, 1 Pz-Scheibenzuganlage



1 SS-Anlage (3 Stände)



4 G/StG

- 38 -

SchSt GRAZ/FELIFERHOF:



6 G/StG



1 SS-Anlage (4 Stände)



1 SGS-Anlage



2 MG (MP, P)



2 EGS-Anlagen

SchSt AIGEN/HOHENBERG:



2 G/StG



2 MG

SchSt FELDBACH/KORNBERG:



4 G/StG



2 MG (P)

SchSt JUDENBURG/GRÜNHÜBL:



6 G/StG



2 MG

SchSt LEIBNITZ/WAGNA:



8 G/StG



2 MG

SchSt ST. MICHAEL/ORTERHOF:



10 G/StG



2 MG

MilKdo KÄRNTEN

TÜPL KOSCHUTA:

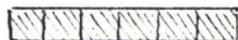
Größe: 2,5 km²

1 Schießbahn

- 39 -

TÜPL MARWIESEN:

Größe: 97 ha,



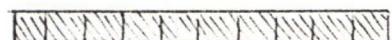
6 G/StG (MG, MP, P)



1 SGS-Anlage

TÜPL GLAINACH:

Größe: 59 ha,



10 G/StG (MG, MP, P)

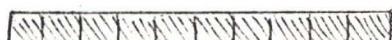


1 Scheibenzuganlage



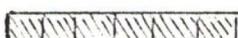
2 EGS-Anlagen

SchSt VÖLKERMARKT/GATTERSDORF:

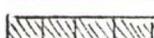


10 G/StG (provisorische Anlage)

SchSt KLAGENFURT/LENDORF:



1 SS-Anlage (6 Stände)

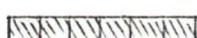


4 MG (MP, P)

SchSt KLAGENFURT/KREUZBERGL:



11 G/StG



5 MG

SchSt WOLFSBERG/PAILDORF:



3 G/StG (MG, MP, P, MPi)

MilKdo OBERÖSTERREICH

SchSt LINZ/ALHARTING: zur Zeit im Ausbau



1 SS-Anlage (8 Stände)



3 G/StG (MP)



6 MG (P)

- 40 -

SchSt RIED/WEYERFING:



3 G/StG



2 MG

SchSt FREISTADT/ZELLETAU:



5 G/StG

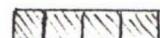


2 MG

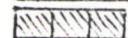
TÜPl RAMSAU/MOLLN: Ausbau bis Sommer 1976 abgeschlossen

Größe: 63 ha,

1 Gefechtsschießbahn, 1 Pz-Scheibenzuganlage



4 G/StG



1 SS-Anlage (3 Stände)



1 EGS-Anlage



1 GrpGS-Anlage



1 SGS-Anlage

TÜPl DACHSTEN/OBERFELD:

Größe: 34 km²

kein Scharfschießen

TÜPl TREFFLING:

Größe: 2,3 km²

kein Scharfschießen

SchSt STEYR/SAND: Verhandlungen über gemeinschaftlichen Ausbau (Beteiligung Steyr-Werke und BMfI) unter Federführung des BMfLV im Gange.

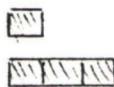
MilKdo SALZBURG

TÜPl HOCHFILZEN:

Größe: 6 km²

3 Gefechtsschießbahnen, 1 Pz-Scheibenzuganlage

- 41 -



1 SS-Anlage (3 Stände)
3 MG (MP, P)

SchSt HOCHFILZEN/SCHIPFLALM:



6 G/StG (MP, P, MG)

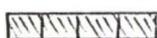
TÜPL AUALM:

Größe: 3,5 km²

1 Gefechtsschießbahn

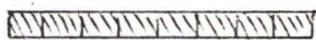


6 G/Stg (MP)



4 MG

SchSt SALZBURG/GLANEGG:

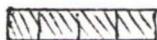


1 SS-Anlage (8 Stände)

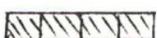


6 MG

SchSt ST. JOHANN i.P./MASCHL:



4 G/StG

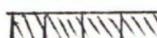


4 MG

SchSt SAALFELDEN/LENZING:



4 G/StG



4 MG

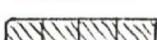
Milkdo TIROL

TÜPL LIZUM/WALCHEN: Mehrere variable Gefechtsschießbahnen

Größe: 56 km²



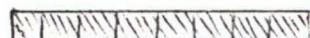
1 SGS-Anlage (5 TAG, BT 32)



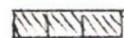
4 MG (MP)

SchSt MÖLSTAL:

6 G/StG (MP)

SchSt ABSAM/THAURER MURE:

1 SS-Anlage (8 Stände)



3 MG (P)



1 SGS-Anlage

SchSt IMST/ROPPEL:

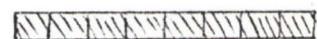
4 G/StG



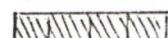
2 MG

SchSt KUFSTEN/LOCHERERBODEN:

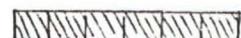
6 G/StG (MP, MG, P)

SchSt LANDECK/STANZERTOBEL:

8 G/StG



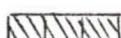
4 MG

SchSt LIENZ:

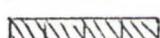
6 G/StG

SchSt LIENZ/LAVANTTERMURE:

6 G/StG (MP, MG, P)

SchSt SCHWAZ/VOMP:

3 G/StG (MP)



4 MG (P)

- 43 -

SchSt ST. JOHANN i.T./HINTERKAISER:



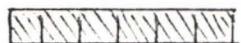
3

G/StG

(MP, MG, P)

MilKdo VORARLBERG

SchSt BREGENZ/BERG ISEL:



6

G/StG (MP, MP, P)

Truppenübungsplätze - Größenvergleich

165 km^2	TÜPl ALLENTSTEIG
56 km^2	TÜPl LIZUM/WALCHEN
39 km^2	TÜPl BRUCKNEUDORF
34 km^2	TÜPl/DACHSTEIN/OBERFELD
18 km^2	TÜPl/SEETALERALPE
6 km^2	TÜPl/HOCHFILZEN
$3,5 \text{ km}^2$	TÜPl/LUNGÖTZ/AUALM
$2,3 \text{ km}^2$	TÜPl/TREFFLING
$2,3 \text{ km}^2$	TÜPl/KOSCHUTA
$2,2 \text{ km}^2$	TÜPl/VÖLTENDORF

Körperausbildung

1. Ausbildung an der Bundesanstalt für Leibeserziehung
(Dipl. Sportlehrer, im ÖBH laut VKA, Teil A, VII, Ziffer 75, erster Absatz der Neuauflage 1976 als "Bundesheersportlehrer" bezeichnet):
 - a) bisher: 16 Offz und 12 UO
 - b) 1976 weitere Ausbildung geeigneter Offz und UO geplant.
2. Ausbildung an der HSNS zum "Bundesheersporttausbilder" (bislang "SportOffz" bzw. "SportUO" bezeichnet):
 - a) bisher: 263
 - b) in Ausbildung: 30

Seit 1975 wird dieser Personenkreis in enger Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Leibeserziehung durch ein gemeinsam erstelltes Ausbildungsprogramm der fachlichen Ausbildung zugeführt.

Neben der militärischen Qualifikation können durch diese Ausbildung die zivilen Qualifikationen: "Lehrwart" u. "Trainer für Konditionssport" erreicht werden.
3. GWD-Mehrkampf:
Ab E.T. 1.2.1973 laufend für jeden E.T. ab der 15. Ausbildungswöche im Rahmen der Körperausbildung in den Disziplinen
 - Schießen mit StG 58
 - Handgranatenwerfen
 - 4 km Geländelauf.Die Ergebnisse werden gemeldet und statistisch ausgewertet.
4. MilKdo-Meisterschaften:
1975 wurden durchgeführt:
 - 4 MilKdoMeisterschaften im Schießen (W, NÖ, B, Stmk)
 - 3 MilKdoMeisterschaften im Orientierungslauf (OÖ, B, Stmk)
 - 1 MilKdoMeisterschaft im Milit. Mehrkampf (B)

5. Eine besondere Förderung wurde in den letzten Jahren auch den Spitzensportlern, dem qualifiziertem Fachpersonal für Leibeserziehung u. Soldaten, die Wettkampfsport ausüben, zuteil.

So werden zur Förderung von Spitzensportlern pro Einrückungstermin insgesamt 30 bis 35 Plätze an der HSNS u. JgS zur Verfügung gestellt. Die Auswahl dieses Personenkreises erfolgt durch die Österreichische Bundes-sportorganisation (BSO).

Die Versetzung dieser Grundwehrdiener (GWD) erfolgt etwa 2 Monate nach dem Einrückungstermin durch Verfügung des BMfLV.

Absolventen eines Universitätsinstitutes für Leibeserziehung, der Bundesanstalt für Leibeserziehung oder der Österreichischen Trainerausbildung können ebenfalls nach etwa einer zweimonatigen Ausbildung zur HSNS bzw. JgS versetzt werden.

In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht u. Kultur wurden weitere gemeinsame Wege zur Förderung des Spitzensportes beschritten. So z.B. das "Junioren-Zentrum mil. Fünfkampf in WR.NEUSTADT" für Neigungsgruppen aus den Schulen und das "Leistungsmodell SÜDSTADT".

M i l i t ä r s p o r t

(Stand 01.01.76)

1. CISM

a) Teilnahme im Ausland	73
b) Eigene Meisterschaften im Inland	9
c) Bisherige Erfolge	32 Gold-, 21 Silber- und 37 Bronzemedailßen.

2. LÄNDERKÄMPFE im Ausland (jeweils gegen 1 - 5 Nationen)

20 (12 im Milit. Fünfkampf,
 1 im Mod. Fünfkampf,
 1 im Fechten,
 2 im Judo,
 2 im Schießen und
 2 im OL)

3. LÄNDERKÄMPFE im Inland (jeweils gegen 1- 5 Nationen)

20 (15 im Milit. Fünfkampf,
 3 im Schießen,
 1 im Judo und
 1 im Mod. Fünfkampf)

4. LÄNDERKÄMPFE gegen Ungarn (UVA)

13 in Österreich (5 im Fußball,
 2 im Basketball,
 1 im Fallschirmspringen und
 2 im Milit. Mehrkampf
 2 im Orientierungslauf
 1 im Schießen)

- 48 -

12 in Ungarn (5 im Fußball,
3 im Milit. Mehrkampf und
1 im Fallschirmspringen
1 im Schießen
1 im Judo und
1 im Tischtennis)

5. Bestehende Wettkampfkader

A. Ständige Wettkampfkader:

Milit. Fünfkampf	12 (Offz u. UO)
Schießen	30 (Offz u. UO)
OL	9 (UO, Ch u. GWD)
Fechten	
Moderner Fünfkampf	10 (UO, Ch u. GWD)
Fallschirmspringen	10 (Offz, UO u. Ch)
Rudern	20 (Ch u. GWD)
Reiten	10 (Offz, UO)
Schilauf	25 (Offz, UO u. Ch)
	Alpin: 8, Springer: 5, Nord.Langlauf: 12

B. Nichtständige Wettkampfkader:

Fußball, Rettungsschwimmen, Judo und Leichtathletik.

zu V des Berichtes

Schwimm- und Rettungsschwimmerausbildung

Gesamtstand Ende 1975:

Nichtschwimmer zu Freischwimmern.....	32.	993
Rettungsschwimmer (Helfer).....	13.	506
Rettungsschwimmer (Retter).....	3.	812
Rettungsschwimmer (Lehrer).....		456

LEBENSRETTUNGEN

Leicht		155
Mittel		93
Schwer		31
Bootsbergungen		225
Überwachungsstunden (Bäder, Seen, Hilfsplätze etc.)	128.	776

Durch die im Jahr 1976 bereits angelaufene Schwimmausbildung wird bis Jahresende erreicht werden, daß im ÖBH:

Mehr als 35.000 Nichtschwimmer zu Freischwimmern und mehr als 19.000 Schwimmer zu Rettungsschwimmern ausgebildet worden sind.

Sportstättenbau im Bundesheer

Von den vorhandenen Sportanlagen des ÖBH:

66 Sportplätze (Spielfeld mit Leichtathletikanlagen)

47 Hindernisbahnen

22 Schwimmbecken (zum Großteil Löschteiche)

14 Turnräume (mit den notwendigen Geräten eingerichtet)

10 Pistolenchießstätten

20 Tennisplätze (zum Großteil neu errichtet),

wurden 1975 mit den zur Verfügung gestellten Budgetmitteln (S 500.000,--) 16 Sportstätten und 12 Hindernisbahnen instandgesetzt, sowie eine Hindernisbahn neu errichtet.

1976 sind für die Neuerrichtung von 20 Hindernisbahnen im Budget S 2.000.000,-- vorgesehen.

Österreichischer Heeressportverband

Ende 1975 wies der ÖHSV einen aktiven Mitgliederstand von 12.696 Mitgliedern und 1.582 Unterstützenden Mitgliedern aus.

1. Mitgliederstand:

Jahr:	Vereine:	Sektionen:	Aktive Mitglieder:	unterstützende Mitglieder:
1971	36	201	8.698	-
1973	41	237	10.566	-
1975	47	223	12.696	1.582

Im Jahr 1976 ist die Gründung von zwei weiteren Heeressportvereinen in Aussicht genommen.

2. Sportliche Erfolge:

In den letzten Jahren konnten zahlreiche Heeressportler internat. und nationale Erfolge erringen. So kommen aus den Reihen der HSV seit 1968:

14 Olympiateilnehmer, 73 WM-Teilnehmer,
48 EM-Teilnehmer und 274 Staatsmeister und
4 österr. Meister.

Auch im Jahre 1975 konnten die internat. Spitzenleistungen an die Leistungen der Vorjahre anschließen und diese sind u.a.:

- Sieg im Europacup der Sporttaucher in der Nationen- und Club-Wertung durch die Mannschaft des HSV Wien.
- Sieg in der Einzelwertung des Europacup im Sporttauchen 1975 durch HSV Wien.
- Sieg im Schießen der CISM-Meisterschaft 75 im Militärischen Mehrkampf vom HSV Wien, zum 3. Mal in ununterbrochener Reihenfolge.
- 3. Platz bei den Europameisterschaften im Schießen mit der Luftpistole vom HSV KREMS-MAUTERN in der Einzelwertung, sowie 4. Platz im Großkaliber in der Einzelwertung und 3. Platz in der Mannschaftswertung.
- 4. Platz bei der Fecht-Weltmeisterschaft 1975 im Degenfechten vom HSV Wien in der Einzelwertung.

- 52 -

- 4. Platz bei der 1. Weltmeisterschaft im Ski-Orienterungslauf durch die Mannschaft des ÖHSV.
- 9. Platz bei der Weltmeisterschaft im Blindenschach 75 vom HSV KLAGENFURT.

Die Leistungen der Heeressportler wurden im Jahre 1975 durch nachfolgende Entsendungen durch die Dach- und Fachverbände sowie des Bundesheeres wie folgt gewürdigt:

12 Heeressportler haben an Weltmeisterschaften,
 10 Heeressportler an Europameisterschaften,
 5 Heeressportler am Weltcup der Radfahrer/Senioren,
 5 Heeressportler an den Bewerben im Europacup
 der Sporttaucher und
 23 Heeressportler an CISM-Meisterschaften teilge-
 nommen.

Die Staatsmeistertitel 75 konnten in folgenden Disziplinen er-
 rungen werden:

Amateurboxen, Biathlon, Blindenschach, Casting-
 Turniersport, Degenfechten, Florettfechten, Frei-
 tauchen, Go-Kart, Leichtathletik(Diskus-Junioren),
 Moderner Fünfkampf, Moderner Vierkampf, Orientierungs-
 lauf, Radfahren(Senioren), Rudern, Sportschießen,
 und Sporttauchen.

3. Veranstaltungen des ÖHSV

Vom Heeressportverband wurden im Jahre 1975 folgende Veranstal-
 tungen ausgerichtet: 1. Winterspiele des ÖHSV in Kärnten, Ver-
 bandsmeisterschaft in den Disziplinen alpiner Skilauf, Eis-
 stockschießen auf Eis und Asphalt, Faustball, Kegeln, Orien-
 tierungslauf, Sportfischen, Sportschießen, Tennis und Tisch-
 tennis, sowie Kurse in den Sparten alpiner und nordischer
 Skilauf, Sportschießen, Faustball, Fußball, Orientierungslauf,
 Moderner Fünfkampf, Boxen, Radfahren, Tennis, Tischtennis,
 Bobfahren, Karate, Basketball, Zillenfahren mit einer Gesamt-
 teilnehmerzahl von 663 HSV-Mitgliedern.

Weiters wurden die Sektionsleiter der Schießsektionen im Rahmen
 einer technischen Unterweisung in INNSBRUCK in die internat.
 UIT-Regeln eingewiesen und in WIEN wurde die "3. Funktionärs- und
 Presseschulung" des ÖHSV an der LSTS durchgeführt.

- 53 -

4. Großveranstaltungen der HSV

1. Cup im Eisstockschießen um den Ehrenpreis des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung. Int. Schießvergleichskampf des HSV Wien, Int. Geierlauf in der LIZUM, Int. 3-Tage-OL im Raume PINKAFELD, 60-km-Lauf in GÜSSING, 60-km bzw. 100-km-Lauf (Marsch) des HSV Wien, Neusiedlerseedurchquerung des HSV/Nord und Volksmärsche in BREGENZ- LANGENLEBARN, ST.JOHANN/Pg, ST.PÖLTEN, KREMS, HORN und LIENZ sowie LINZ-Ebelsberg.

Auch wurden 1975 von den einzelnen HSV zahlreiche österr. Staatsmeisterschaften ausgerichtet, so u.a. im Orientierungslauf und Modernen Fünfkampf.

Sonderausbildung1. Jagdkommandoausbildung:1.1 An der HSNS:Kurse 1975:

- 13. JaKdo-Grundkurs vom 28 04 - 04 09 75:

Kurs mit Erfolg abgeschlossen: 39 (1 Offz, 2 zvS-Ch,
13 EF, 23 fvGWD)

- 10. JaKdo-Einweisungskurs vom 06 10 - 31 10 75:

Kurs mit Erfolg abgeschlossen: 18 (1 ResO, 9 MAK-Fhr,
4 UO, 1 ResUO,
3 zvS-Ch)

Ausgebildetes Personal 1963 bis 1975:

- <u>Grundkurse:</u>	<u>477</u>
davon dzt. aktives Kaderpersonal: ca.	120
- <u>Einweisungskurse:</u>	<u>137</u>
- <u>Gesamtstand an der HSNS JaKdoausgeb. Soldaten:</u>	
	<u>614</u>

1.2 Bisher im Ausland ausgebildet: 6 Offz

1.3 Ausgebildetes Personal beim JgB 19:

Beginn der JaKdoAusb (ohne FSchSAusb) am 01 12 73.

<u>Ausgebildet im Jahr 1975:</u>	<u>45</u> (5 UO, 2 zvS-Ch, 38 fvGWD)
----------------------------------	--

Gesamtstand beim JgB 19 JaKdoausgeb. Soldaten:

115

1.4 Daher insgesamt ausgebildet: (HSNS, JgB 19, Ausland):

735

1.5 KK-Übung "JAGD 75" vom 18 08 - 29 08 75 im weststeirischen Raum.

1.6 Mit Ende des Jahres 1975 erfolgte die Fertigstellung der Vorläufigen Ausbildungsvorschrift für das Bundesheer " Jagdkampf und Kommandounternehmen".

2. Fallschirmspringerausbildung:

2.1 Kurse 1975:

- Trainingskurse für Leistungskader der MFSchS:

17 02 - 28 02 75

20 05 - 24 05 75

02 06 - 07 06 75

- 18. MFSchS-Grundkurs (für JgB 25):

03 03 - 22 03 75

- 19. MFSchS-Grundkurs (JaKdo):

28 07 - 14 08 75

- 20. MFSchS-Grundkurs (für JgB 19 u. 25):

01 10 - 22 10 75

2.2 Sportliche Wettkämpfe 1975:

- International:

Süd-Ost-Para-Cup 1975, GRAZ:

05 07 - 13 07 75

CISM, PAU/FRANKREICH: 17 07 - 27 07 75

- National:

9. Österr. Staatsmeisterschaft

27 09 - 30 09 75

Salzburger Landesmeisterschaft

24 10 - 27 10 75

2.3 Ausgebildetes Personal 1961 bis 1975: 854 Zugang 1975:

davon Lehrbefähigung	13	2
Sonderbefähigung	83	-
Erweiterte Grundbefähigung	275	-
Grundbefähigung	483	131

2.4 Fallschirmabsprünge 1961 bis 1975: 38.461 3.553

davon automatische	15.292	1.694
manuelle	23.169	1.859

3. Luftlandeausbildung beim JgB 25 (Beginn 15 10 73):

Bisher ausgebildetes Personal: Zugang 1975:

15 Offz	-
97 UO	-
14 zvS-CH	5
115 fvGWD	80
1.230 GWD	400
1.471 Gesamtstand	485

4. Spezialisierte Taucherausbildung:

4.1 Kurs 1975:

3. Wiederholungskurs zur Erhaltung der
Taucherverwendungsfähigkeit, II. Teil

24 02 - 07 03 75

4.2 Spezialisierte Schwimmausbildung für

Absolventen eines Jakdo-Grundkurses: 06 10 - 17 10 75

(NEUFELDERSEE)

03 11 - 07 11 75

(DONAU)

**4.3 Vier Tauchereinsätze:, davon drei zur Bergung von
Heeresgut(Wrackteile eines MilLuftfahrzeuges, PiGerät);
ein Einsatz als Assistenzleistung im Rahmen der Ausb.**

**4.4 Ausgebildetes Personal 1968 bis 1975: 28 Zugang 1975 1
davon noch aktiv:**

15

Aufschlüsselung des ausgebildeten Personals:

Heerestaucher	15,	davon noch aktiv	6
---------------	-----	------------------	---

Arbeitstaucher	8,	- " -	5
----------------	----	-------	---

Kampfschwimmer	5,	- " -	4
----------------	----	-------	---

3 Kampfschwimmer haben 1968 in FRANKREICH eine ein-schlägig Ausbildung erhalten und sind zugleich Lehrer (1 Offz, 2 UO, alle noch aktiv).

4.5 Der derzeitige Gerätewert (Beschaffungskosten) beläuft sich auf ca. 1,200.000,-- Schilling.

Alpinausbildung1. Qualifiziertes Alpinpersonal mit Stichtag 31.12.1975:

Heeres-Hochalpinisten:	693
Heeres-Bergführergehilfen:	208
Heeres-Bergführer:	87
	<u>988</u>
Davon Heeres-Schilehrer:	232
Heeres-Flugretter:	110

2. Übersicht über die in den letzten zwei Jahren durchgeführten Alpinkurse: (ohne Sonderkurse):2.1 1974:

	Kurse	durchschn.T.	gesamt
Heeres-Hochalpinisten:	6	20	120
Heeres-Bergführergehilfen:	2	14	28
Heeres-Bergführer:	2	16	32
Bergrettung:	1	18	18
Heeres-Schilehrer:	2	56	112
TrpAlpinAusb TherMilAk:	2	101	202
	<u>15</u>	<u>--</u>	<u>512</u>

2.2 1975:

Heeres-Hochalpinisten:	6	273
Heeres-Bergführergehilfen:	2	34
Heeresbergführer:	-	-
Bergrettung:	1	16
Heeres-Schilehrer:	2	102
TrpAlpinAusb TherMilAk	2	348
	<u>13</u>	<u>773</u>

3. Alpinausbildung für Ausländer:

1974:

	Kurse	durchschn.T.	gesamt
Ungarische Volksarmee:	1	25	25
Britische Kadetten:	2	26	52
	3	-	77

1975:

Ungarische Volksarmee:	1	25
Sowjet. Streitkräfte:	1	9
	2	34

4. 1975 wurden:

Zwei Schilehrer nach ZYPERN und
Ein Schilehrer in den LIBANON entsandt.

5. Durch die Umsicht der eingeteilten KursKdten, gab es im Zuge dieser Ausbildung keine schweren Verletzungen und keine Lawinentote.

ABC/Luftschutz-AusbildungLuftschutz:Derzeitiger Ausbauzustand:

LSTS (zugleich ABC-Schule des BH), im Mobfall LSPiB,
 2 ABC/LS-Züge (je 1 bei VR2 und VR3),
 1 ABC/LS-Zug im OrgPlan VR1 vorgesehen.

An der LSTS wird auch das Brandschutzpersonal der territorialen Organisation ausgebildet.

ABC:

<u>Struktur:</u>	je Einheit	1 ABC-UO, 1 ABC-SpürTrp	(N)
	je Stabseinheit	1 ABC-UO, 1 ABC-ErkTrp	(H)
	je klVerb, Brig, MilKdo, Div, Korps	1 ABC-Offz	(N)
	je MilKdo, KorpsKdo, AK	1 MAZ/Mob	
	AK	1 ABC-Offz	(H)

(N= nebenamtlich, H= hauptamtlich)

In Erfüllung der Verpflichtungen des BH nach dem Strahlenschutzgesetz und aus Gründen der nunmehr unumgänglichen Aktivierung der Verbindung zwischen den MilKden und den Landesregierungen in den Belangen ABC, LS und Katastrophenhilfe ist der hauptamtliche ABC-Offz/MilKdo dringend erforderlich.

Die Erprobung von Reizstoffmitteln für die C-Abwehrausbildung der Truppe läuft. Mit einer Verbesserung der Ausbildung bei der Truppe kann erst nach Beschaffung solcher Mittel gerechnet werden.

Vorhandene Geräte:

Schutzmaske(ABC) mit Tragetasche (resp. Tragebüchse)	127.500	Stück
Strahlenspürgerät EMB-3	583	Stück
C-Kampfstoff-Spürgerätesatz (Gerät nicht eingeführt, nur zur Erprobung der LSTS zugewiesen)	9	Stück

- 60 -

(Noch: Vorhandenes Gerät)

AEC-Markiergerätesatz	857 Stück
Dosimetersatz taktisch	400 Stück (etwa die Hälfte des Bedarfs)

Die Beschaffung der wichtigsten, der noch bei der Truppe
fehlenden Ausrüstungsgegenstände:

C-Kampfstoffspürgerätesätze,
C-Kampfstoffnachweismittel,
Individuelle Manneschutzausrüstung
(.ABC-Selbsthilfesatz, Wegwerfschutzplane oder
Wegwerfumhang, ABC-Schutzhandschuhe u.s.w.),
ist unbedingt erforderlich.

Österreichischer Zivilschutzverband

Die in den Kasernen des BH laufenden Zivilschutzunterweisungen
("Lebensrettende Sofortmaßnahmen") erwiesen sich als sehr gut
und werden 1976 fortgesetzt.

Staatsbürgerliche, heimatkundliche und heeres-
geschichtliche Ausbildung

A. Abgesehen von den unter Ziffer V erwähnten allgemeinen Grundsätzen ist in erster Linie der § 35 des Wehrgesetzes für die Durchführung der staatsbürgerlichen Ausbildung maßgebend. Darin heißt es:

- (1) Die Ausbildung hat allen Soldaten neben der militärischen Ausbildung auch die Kenntnis ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, insbesondere der aus dem Völkerrecht abgeleiteten, zu vermitteln.
- (2) Im Bundesheer ist der österreichische Vaterlands- und Staatsgedanke zu pflegen. Die Soldaten sind anzuleiten, das persönliche Interesse dem Wohle des Ganzen unterzuordnen, über den Rechten des einzelnen die Pflichten gegenüber der Gesamtheit nicht zu vergessen.

Die staatsbürgerliche Ausbildung (Staatsbürgerkunde) im Bundesheer legt ihren Arbeiten jene Definition zu Grunde, wie sie in der Vollsitzung der Bundesheerreformkommission, Heft 1 (Vollsitzungen, Seite 30 - Beschuß 1, 4, 13) einstimmig festgelegt wurde:

Die Schulung und erzieherische Tätigkeit, die darauf abgestellt sind, die Angehörigen des Bundesheeres mit dem Wesen der österreichischen Landesverteidigung, sowie mit den wichtigsten Einrichtungen des Staates vertraut zu machen und damit in die Lage zu versetzen, den staatsbürgerlichen Pflichten als Soldat nachzukommen und von den staatsbürgerlichen Rechten des Soldaten Gebrauch zu machen.

Aus dieser Definition ist ersichtlich, daß der staatsbürgerlichen Ausbildung eine zweifache Aufgabenstellung zukommt.

- a) Eine allgemeinbildende Staatsbürgerkunde zur Ergänzung des Schulwesens.
- b) Eine im Bereich der Wehrpolitik und insbesondere der Militärischen Landesverteidigung angepaßte zielorientierte Wissensvermittlung. Im zweiten Bereich ist die staatsbürgerliche Ausbildung ein Teil der psychologischen Rüstung.

B. Durchführungsbestimmungen

Nach Inkrafttreten der Wehrgesetznovelle vom 15.7.1971, BGBl. 272/1971, wurden die Durchführungsbestimmungen für die staatsbürgerliche, heimatkundliche und heeresgeschichtliche Ausbildung dem verkürzten Präsenzdienst angepaßt.

Mit dem Inkrafttreten der Ausbildungsrichtlinien, Erl. Zl. 307.000-AusbA/72 vom 16.8.1972, wurden mit Erl. Zl. 309.718-AusbB/72 vom 6.10.1972 die Durchführungsbestimmungen des Unterrichtes gem. § 35 WG (Unterrichtsplan) festgelegt.

In der Gliederung stehen dem Kommandanten 16 Unterrichtsstunden für den Gegenstand staatsbürgerliche Ausbildung sowie 4 Unterrichtsstunden für den Gegenstand Kriegsvölkerrecht zur Verfügung.

Bei der Themengestaltung werden besonders folgende Schwerpunkte berücksichtigt:

- die Kenntnisse über die Verteidigungspflicht eines immerwährend neutralen Staates erweitern,
- die friedenserhaltende Aufgabe des Bundesheeres im Sinne der Abhaltestrategie darlegen,
- die Funktion der militärischen Landesverteidigung in unserer demokratischen Gesellschaft sowie die wehrrechtliche Verankerung erklären,
- die Rolle des Bundesheeres im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung aufzeigen,
- die Möglichkeiten und Chancen einer sinnvollen Selbstbehauptung vermitteln,
- den Verteidigungswert der auf Freiheit und demokratischer Rechtsordnung basierenden Republik Österreich verdeutlichen.

Nur der mitdenkende Soldat wird auch ein einsatzbereiter Soldat werden.

C. Tätigkeit im Aufgabenbereich staatsbürgerliche, heimatkundliche und heeresgeschichtliche Ausbildung.

Im Bereich der staatsbürgerlichen, heimatkundlichen und heeresgeschichtlichen Ausbildung werden unter anderem folgende Arbeiten durchgeführt:

1. Kontaktgespräche mit Abgeordneten zum Nationalrat und Soldaten des Bundesheeres:

Es wurden bisher 156. Kontaktgespräche durchgeführt, woran rund 2.260 Soldaten teilnahmen. Die Gespräche betrafen vor allem Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung und der Wehrpolitik. Über diese Kontaktgespräche werden dem Bundesminister jeweils Kurzberichte vorgelegt.

Im Rahmen des Bataillonskommandantenkurses fand im Dezember 1975 erstmals ein Kontaktgespräch des Lehrkörpers und der Kursteilnehmer mit Abgeordneten aller drei im Nationalrat vertretenen politischen Parteien statt.

2. Planung, Organisation und Durchführung von Fachseminaren, Seminaren auf dem Gebiet der staatsbürgerlichen Ausbildung und von Vorträgen für die Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung:

Bisher wurden 23 Seminare für Offiziere (Teilnehmerzahl ca. 1.200) zum Thema "Österreichs Stellung in Europa und in der Welt" abgehalten. Für den dritten Jahrgang der Militärakademie findet ebenfalls im Rahmen der staatsbürgerlichen und politischen Ausbildung ein Sonderseminar statt. Bisher wurden 26 Seminare für Militärakademiker durchgeführt. Außerdem wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten 12 UN-Seminare (Teilnehmerzahl ca. 600) durchgeführt.

3. Planung und Durchführung von diversen Veranstaltungen (Gedenktage, Aufsatz- und Redewettbewerbe etc.) gemeinsam mit Organisationen außerhalb des Bundesheeres (Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Liga für die Vereinten Nationen, Sparkassen etc.):

An den bisher durchgeführten 23 Redewettbewerben nahmen rund 8.900 Soldaten teil. 8 Aufsatzwettbewerbe erfaßten ca. 7.400 Teilnehmer.

4. Filmische Betreuung der Truppe zum Thema Staatsbürger- und Heimatkunde:

Derzeit werden ca. 29 heereigene (Erl. Zl. 328.953-AusbB/73 vom 8.6.1973 und Erl. Zl. 327.002-AusbB/73 vom 9.5.1973) und ca. 500 leihweise zur Verfügung gestellte Filme über Österreich bei der Truppe im Rotationsverfahren vorgeführt. Im Jahre 1974/75 wurden die beiden Filme "Neutralität" und "Im Einsatz für den Frieden" neu hergestellt.

5. Gastlehrer:

Auf Wunsch bzw. Anforderung der Truppe werden zur lebendigeren Gestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichtes Gastlehrer beigestellt. Die Zahl der verfügbaren zivilen Gastlehrer beträgt derzeit ca. 200.

6. Organisation von Führungen, Besichtigungen und Fahrten im Rahmen der staatsbürgerlichen Ausbildung:

Insbesondere werden Führungen in das HGM, die Schatzkammer, das Kunsthistorische Museum und in volkskundliche Museen sowie die Besichtigung von Sehenswürdigkeiten der Bundeshauptstadt und Landeshauptstädte vorbereitet und durchgeführt. Diese Einrichtung dient vor allem zur Fortbildung der zvS, der EF und des Kaderpersonals.

7. Fachliche Beratung und finanzielle Unterstützung von Universitätsstudenten bei wissenschaftlichen Arbeiten:

Bisher wurden 18 Dissertanten, welche ihr Dissertationsthema über einschlägige Fragen wählten, mit einem Betrag von insgesamt S 70.000,-- gefördert.

8. Ausarbeitung von wissenschaftlichen Publikationen und Unterrichtsbehelfen für die Truppe auf den Gebieten des Verfassungs-, Neutralitäts- und Kriegsvölkerrechtes, der Genfer Konventionen und des Kulturgüterschutzes, der psycho-

logischen Kriegsführung, Inneren Führung, Heeresgeschichte und Traditionspflege (bisher ausgearbeitet 60 Publikationen), davon besonders zu nennen

- Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, 1971
- Rotkreuzfibel, 1967
- Bereit für Österreich, 1969
- Die friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen, 1970
- Die Vereinten Nationen. Einsatzort - Naher Osten, 1974
- Die Menschenrechte, 1973
- Traditionspflege im Bundesheer, 1968
- Zum Nationalfeiertag Österreichs, 1967
- Der Kärntner Abwehrkampf, 1970
- Das Burgenland, 1971
- Zum 25. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik Österreich, 1970
- 20 Jahre österreichisches Bundesheer, 1975
- 100 Jahre Allgemeine Wehrpflicht in Österreich, 1968
- The defence Forces of Austria, 1975

9. Ausgestaltung von Kasernen im Rahmen der militärischen Überlieferungspflege:

Für diesen Zweck wurden bisher ca. 1.400 geeignete Objekte beschafft, welche in entsprechender Weise zur Ausschmückung der militärischen Unterkünfte Verwendung finden.

10. Sonstige publizistische Arbeiten:

Im Bereich des militärischen Zeitschriftenwesens obliegt die administrative Verwaltung der "Österreichischen Militärischen Zeitschrift" und des Magazins für Dienst und Freizeit "Spind" dem Hauptreferat für staatsbürgerliche und heeresgeschichtliche Ausbildung. Beide Zeitschriften erscheinen 6 mal jährlich.

11. Folgende Publikationen befinden sich derzeit im Druck:

- 30 Jahre Vereinte Nationen - Österreichs Mitarbeit bei der UN
- Festschrift HUOS
- Die hohe Führung der Heere Habsburgs im Ersten Weltkrieg

In Produktion befindet sich derzeit der Film:

"Demokratie in der Republik Österreich" (Wir alle bilden den Staat)

- 67 -

Neuregelung der EF-Ausbildung

Die bis 1972 geltende Regelung mußte neu bearbeitet und abgeändert werden, weil

- 1968 die Verkürzung des ROA-Kurses auf nur 3 Wochen erfolgte,
- durch gesetzliche Urlaubsregelung diese 3 Wochen aber auf weniger als 14 Tage zusammenschmolzen,
- durch Änderung der Einberufungstermine der GWD die Trpen-Bewährung der EF zeitlich so ungünstig lag, daß die EF zur Ausbildung der Neueinrückenden nicht herangezogen werden konnten,
- alle Erfahrungsberichte darauf hinweisen, daß der ROA-Kurs zeitlich völlig unzureichend sei und wesentlich erweitert werden müßte.

Wesen der Neuregelung ab 1973

1. EF-Kurs I + II bleiben unverändert.
2. ROA-Kurs sofort im Anschluß an EF-Kurs II.
3. Verlängerung des ROA-Kurses auf 8 Wochen.
4. Versetzung zur Trpen-Verwendung im letzten Drittel Mai, sodaß sich EF bei der Trpe noch einarbeiten können und bei Einrücken des E.T. 1.6. als Ausbilder und Kdten zur Verfügung stehen.

Vorteil:

1. ROA-Kurs nunmehr ausreichend.
2. EF sind zum Zeitpunkt der Trpen-Verwendung wesentlich gründlicher ausgebildet als bisher (nunmehr 3 Kurse und 7 1/2 Monate Gesamtdienstzeit statt 2 Kurse und 5 1/2 Monate Dienstzeit).

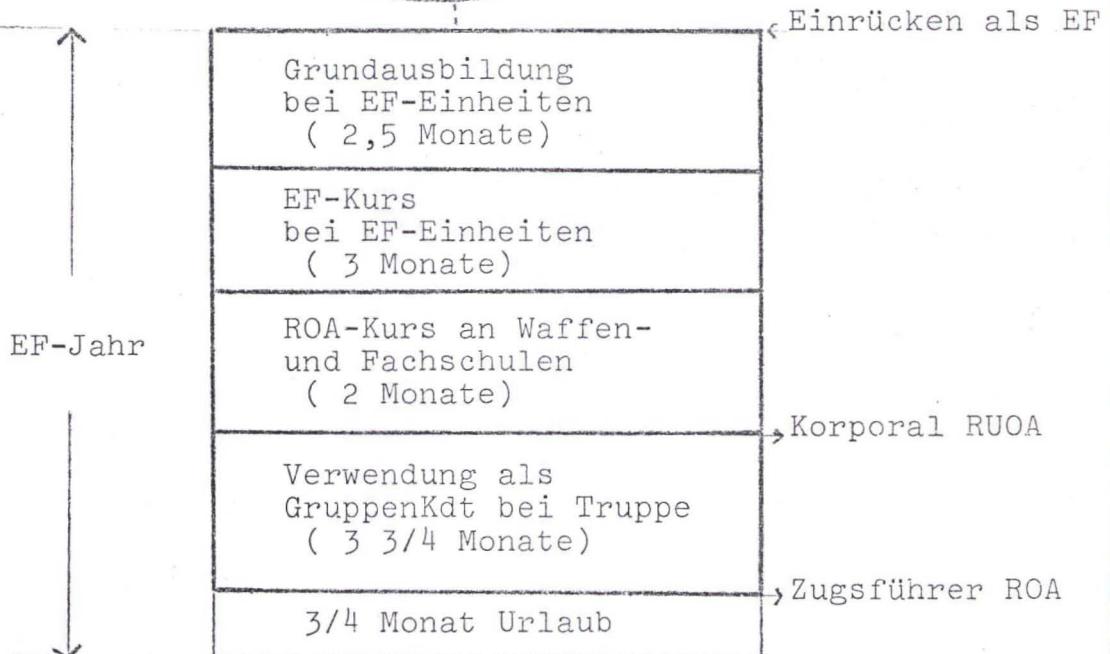
- 68 -

3. EF kommen zu einem Zeitpunkt zur Trpe, wenn Ausbilder dort am dringendsten benötigt werden.

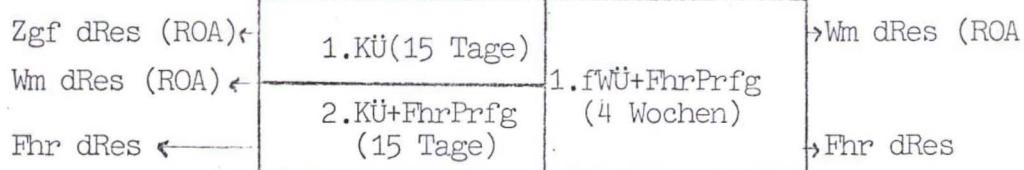
Bisherige Berichte sprechen sich über diese Neuregelung einheitlich positiv aus.

Ausbildung zum Reserveoffizier

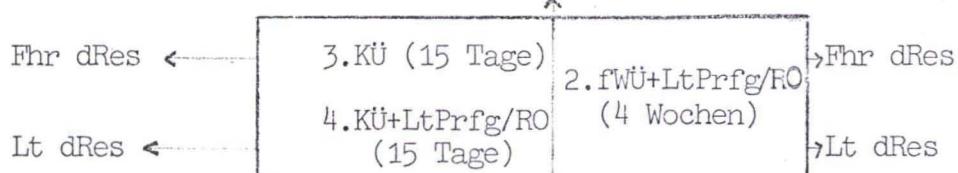
Zivile Matura



Zivil



Zivil



Standes-Meldung (Res)

Stichtag: 1.1.1976

A) Reserveoffiziere:

	§ 28 WG	§ 52 WG	Ehem. Berufsoffz. des 2. Bundesheeres	Summe
			§ 28 WG	§ 52 WG
1. Offz d.Generalstabs- dienstes d.Res		3	1	2
2. Offz d.Intendanz- dienstes d.Res	5	11	5	2
3. Offz d.mil.med. Dienstes d.Res	322	97	2	20
4. Offz d.mil.Seelsorge- dienstes d.Res	15	36	1	2
5. Offz d.höheren mil.techn. Dienstes d.Res	662	24	3	6
6. Offz d.Truppen- dienstes d.Res	4377	746	60	53
7. Offz d.technischen Dienstes d.Res	241	28	9	8
8. Offz d.Wirtschafts- dienstes d.Res	284	26	8	5

Stand: 7064

B) Waffenübende Reserveoffiziersanwärter:

Gemäß § 28 WG)		
Gemäß § 52 WG)		716

C) Waffenübende Reserveunteroffiziere:

Gemäß § 28 WG	(1047)	
Gemäß § 52 WG	(343)	1390

Gesamtstand: 9170
=====

Beilage 2o
zu VI des Berichtes

Freiwillige Waffenübungen - Statistik 1975

Monat	RO	(§52)	ROA	ResUO	ResCh/Whm	Summe	1. fwÜ	KÜ/RO/ROA*)	KÜ/ResCh*)	II-34 der Beilagen XIV. GP - Bericht - 02 Hauptdokument - 71 Beilagen (gescanntes Original)
Jänner	204	(33)	81	45	109	439	138	90	1	
Februar	116	(22)	30	32	59	237	58	34	0	
März	79	(13)	20	13	71	183	68	21	0	
April	114	(29)	29	25	61	229	72	42	0	
Mai	184	(30)	47	19	69	319	94	63	0	
Juni	250	(29)	63	21	87	421	131	86	0	
Juli	210	(12)	69	8	69	356	99	67	0	
August	152	(19)	64	20	95	331	90	63	0	
September	62	(12)	19	18	45	144	44	14	0	
Oktober	63	(15)	15	6	38	122	27	5	0	
Nov.-Dez.	43	(11)	7	4	21	75	16	4	0	
	1.477	(225)	444	211	724	2.856	837	489	1	77 von 34

*) Freiw. Waffenübungen durch

Waffengattungen/Fachdienst:

GStb.....	1	Aufkl....	37
IntD.....	5	Vers.....	253
mmd.....	57	Fl.....	140
dhmtD.....	33	FlTel....	73
MilKurat..	12	FlA.....	113
Jg.....	981	tD.....	79
Art.....	155	San.....	72
Tel.....	203	Wi.....	205
Pz.....	137	Pi.....	138
PzGren...	83	LS.....	67
PzJg.....	12		

Summe: 2.856Bundesländer:

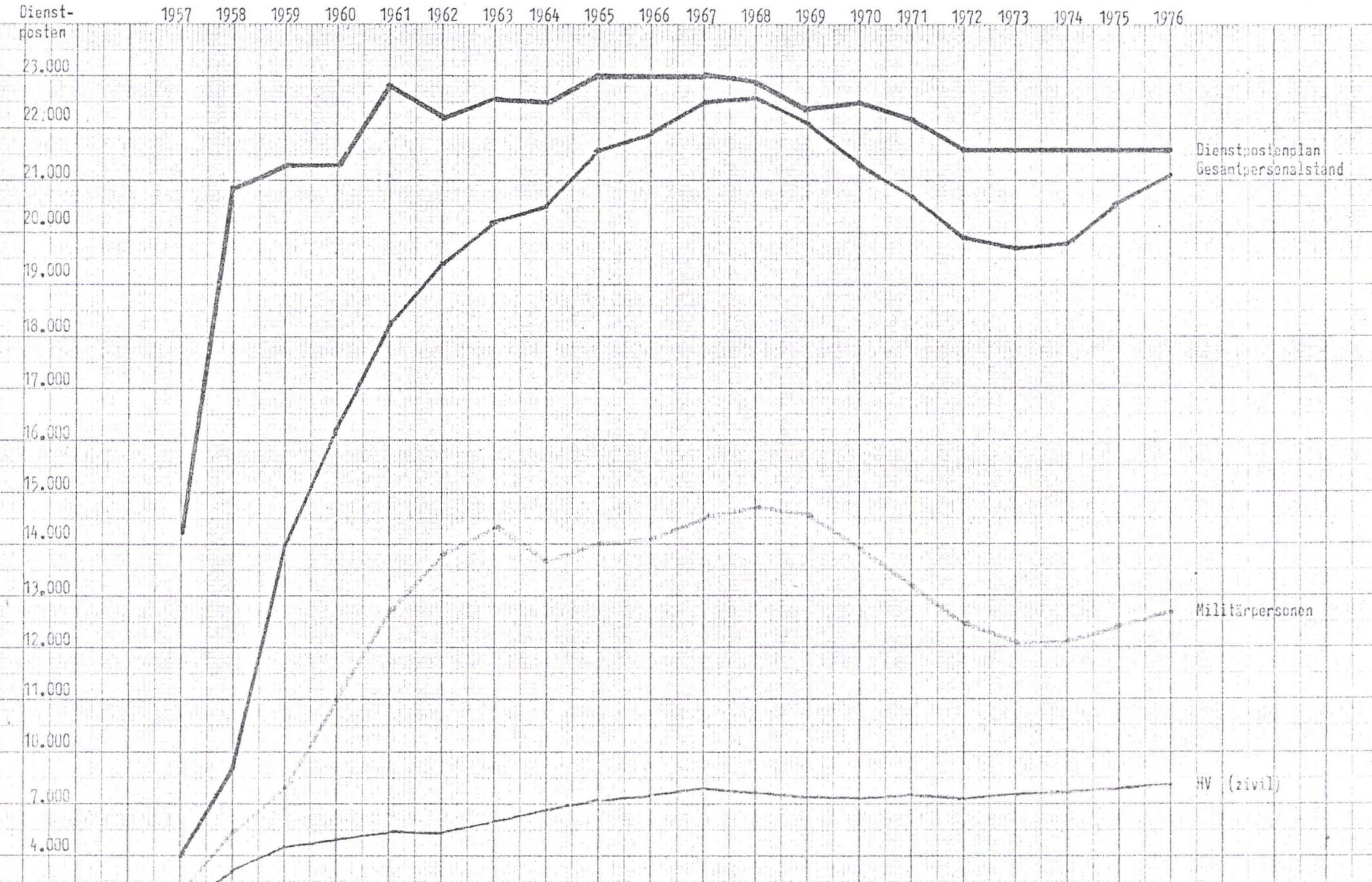
Wien.....	824	ÖÖ.....	315
NÖ.....	533	Slbg.....	251
Bgld....	93	Tirol....	73
Stmk....	506	Vlbg.....	44
Ktn.....	199	Ausland...	18

Summe: 2.856Entwicklung der fWÜ seit Einführung im Jahre 1961

Jahrgang	RO	(§52)	ROA	ResUO	ResCh/Whm	Summe:
1961	321	(321)	354	11	80	766
1962	217	(217)	438	12	101	768
1963	285	(210)	445	23	108	861
1964	295	(221)	396	20	190	901
1965	381	(220)	396	49	194	1.020
1966	455	(250)	432	54	270	1.211
1967	857	(471)	690	113	432	2.092
1968	1.021	(572)	773	150	521	2.465
1969	1.148	(520)	649	159	513	2.469
1970	1.039	(430)	601	157	406	2.203
1971	933	(303)	464	184	536	2.117
1972	983	(281)	460	188	534	2.165
1973	1.020	(272)	333	182	456	1.991
1974	1.266	(288)	336	187	558	2.347
1975	1.477	(225)	444	211	724	2.856
Summe:	11.698	(4.801)	7.211	1.700	5.623	26.232

Kaderpersonalentwicklung seit dem Kalenderjahr 1965

Stichtag	Offiziere	Beamte u. VB in UO-Funktion	zeitverpflichtete Soldaten	Militärpersonen gesamt	Beamte u. VB Zivil	Gesamtstand
1.1.1965	1.978	6.074	5.949	14.001	7.610	21.611
1.1.1966	2.047	6.739	5.320	14.106	7.823	21.929
1.1.1967	2.134	7.179	5.221	14.534	7.924	22.458
1.1.1968	2.212	7.602	4.904	14.718	7.839	22.557
1.1.1969	2.189	8.062	4.341	14.592	7.500	22.092
1.1.1970	2.235	8.311	3.370	13.916	7.386	21.302
1.1.1971	2.267	8.542	2.454	13.263	7.395	20.658
1.1.1972	2.300	8.561	1.684	12.545	7.318	19.863
1.1.1973	2.357	8.597	1.190	12.144	7.510	19.654
1.1.1974	2.357	8.554	1.162	12.073	7.717	19.790
1.1.1975	2.386	8.543	1.528	12.457	8.159	20.616
1.1.1976	2.457	8.561	1.711	12.729	8.384	21.113
		1968	1969	1970	1971	1972
						1973
						1974
						1975
<u>Abgang:</u>	Tod	57	52	58	53	51
	Ruhestand	271	330	279	237	290
	in andere Berufe	996	1182	1158	1115	768
						714
						693
						506
<u>Summe:</u>		1324	1564	1425	1405	1109
						1156
						985
						959
<u>Zugang:</u>		859	774	871	590	900
						1136
						1768
						1502
<u>Gegenüberstellung:</u>	- 465	- 790	- 624	- 615	- 209	- 20
						+ 783
						+ 550



- 75 -

Beilage 22
zu VI des Berichtes

Zulagen - Überleitung auf Grund der 24. GG-Novelle

Stand: Stichtag 26.11.1973

Schmutzzulage	übergeleitet
Gefahrenzulage für Bedienstete der PVWM Felixdorf, der HMunA Großmittel und Stadl-Paura	- " -
Gefahrenzulage für Angehörige des Österr. UN-Baon	- " -
Gefahrenzulage für Bedienstete des österr. Feldlazarettes in Zypern	- " -
Jagdkommando zulage	- " -
Taucherzulage	BKA offen
Bunkerzulage	übergeleitet
Fehlgeldentschädigung für Kassiere bei Verwaltungs- und Heeresbesoldungsstellen	BKA offen
Fernschreibzulage	übergeleitet
Erschwerniszulage für Bedienstete, die an Fernsprech-Nebenstellenanlagen in Amtsgebäuden verwendet werden	- " -
Erschwerniszulage für Arbeiten an be- sonders gebauten und ausgerüsteten Heeresfahrzeugen	- " -
Zulagen im militärischen Flugdienst:	- " -
Fliegerzulage für Militärpiloten	- " -
Fliegerzulage für Flugschüler	- " -
Fliegerzulage für mil. Bordpersonal	- " -
Fliegerzulage für mil. Bildpersonal	- " -

- 76 -

Fallschirmspringerzulage	übergeleitet
Fliegerische Funktionszulage	- " -
Milchpauschale	- " -
Nachtdienstgeld	- " -
Dienstkleideräquivalent für Angehörige des mil. Nachrichtendienstes	BKA in Bearbeitung
Höhenzulage für zivile Bedienstete auf dem TÜPl DACHSTEIN-OBERFELD	BKA offen
Equipierungsbeiträge für Militärattachés	übergeleitet
Überstundenpauschale für zivile KW-Lenker	- " -
Mehrleistungsvergütung für Omnibuslenker	- " -
Mehrleistungsvergütung für die BuK-Referenten des BH (Zivilbedienstete)	BKA offen
Mehrleistungsvergütung für die Betreuungs- referenten	- " -
Liquidierungszulage im Bereich des BMfLV	Bundeseinheitliche Regelung vorgesehen
Nebengebühren für Beamte und VB an EDVA Überstundenpauschale	nicht überleitbar, Reg- lung aufgrund d. Minist- ratsbeschlusses vom 10.7.1973
Bereitschaftsgebühr für Erreichbarkeit	übergeleitet
Mehrleistungsvergütung für die Kollaudierung von Bauten im Bereich des BMfLV	nicht überleitbar, Reg- lung aufgrund d. Minist- ratsbeschlusses vom 10.7.1973
Pauschalgebühr	übergeleitet
Bereitschaftsgebühr	- " -
Sonderzulage als Truppenverwendungszulage für Bedienstete in UO-Funktion	nicht überleitbar, Reg- lung aufgrund d. Minist- ratsbeschlusses vom 10.7.73; erlaßmäßig ne- geregelt

- 77 -

Militärstreifenzulage	übergeleitet
Sonderzulage für Angehörige (Zivilbedienstete) des mil. Nachrichtendienstes	nicht überleitbar, Regelung aufgrund des Ministerrabsbeschlusses vom 10.7.1973; erlaßmäßig neu geregelt
Fliegerzulage bei Vorliegen eines dienstlichen Interesses zur Erhaltung des Luftfahrerscheines	
Bodendienstzulage	nicht überleitbar, Regelung aufgrund d. Ministerratsbeschlusses vom 10.7.1973; erlaßmäßig neu geregelt
Sonderzulage für Pioniermaschinenwarte	übergeleitet
Nebengebühren der Bediensteten des Krankenpflegefachdienstes, d.med.techn. Dienste und der San-Hilfsdienste	BKA offen
Operationszulage	- " -
Allgemeine Leistungs- und Erschwerniszulage bei Wochendienstverpflichtung	- " -
Feiertagsentschädigung	- " -
Nachtdienstzulage	- " -
Nachtdienstbereitschaftszulage (pro Nachtdienstbereitschaft)	- " -
Pflegedienstchargenzulage	- " -
Nachtdienstzulage (pro Nachtdienst)	- " -
Sonn- und Feiertagszulage (pro Sonn- u. Feiertagsdienst)	- " -
Zulage für OffzdmMmD im Rahmen des Flugbetriebes	- " -
Nebengebühren für Schreibkräfte	übergeleitet
Nebengebühren für Diensthundeführer	BKA offen
Nebengebühren für zivile Bedienstete des Baudienstes im Bereich des BMfLV	

- 78 -

Infektionszulage	übergeleitet
Strahlengefährdungszulage	- " -
Nebengebühren für Beamte der HLuFwVerw Allentsteig	
Nebengebühren für mil. Flugsicherungs- und Wetterdienst	nicht überleitbar, Regelung auf- grund d. Ministerratsbeschlus- ses vom 10.7.1973, erlaßmäßig neu geregelt
Nebengebühren im FM-Aufklärungsdienst bei abgelegter VerwPrüfung	BKA offen
Nebengebühren für Radarpersonal	nicht überleitbar, Regelung auf- grund d. Ministerratsbeschlus- ses vom 10.7.1973; erlaßmäßig neu geregelt
Sonderzulage für Arbeiten in Kunststoff- werkstätten	übergeleitet

Beilage 23

zu VI des Berichtes

Ü B E R S I C H Tüber die Stärken der Geburtsjahrgänge 1941 bis 1970Ergebnisse der Volkszählung vom 12. Mai 1971

Männliche Bevölkerung nach Geburtsjahren aufgeschlüsselt nach Bundesländern
(einschließlich Ausländer)

Nil. Kdo	1941	1942	1943	1944	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970								
B	1.727	1.318	1.432	1.332	1.001	1.339	1.953	2.135	2.125	2.204	2.235	2.324	2.248	2.286	2.429	2.441	2.477	2.433	2.640	2.513	2.515	2.499	2.467	2.200	2.323	2.735	2.175	2.052	2.079									
K	3.625	3.155	3.060	3.085	2.279	3.530	3.520	3.568	3.546	3.969	4.080	4.291	4.503	4.582	4.810	5.006	5.215	5.024	5.137	5.244	5.195	5.240	5.188	5.239	5.028	4.999	4.940	4.972	4.788	4.457								
N	10.718	8.571	8.470	8.822	6.440	7.052	10.214	10.063	9.600	9.590	9.692	9.988	10.491	10.640	10.926	11.261	11.644	11.525	11.978	12.461	12.990	12.877	12.826	12.811	12.450	12.196	11.815	11.535	11.232	10.401								
O	9.178	8.226	7.778	7.467	5.044	8.214	9.154	8.946	8.785	9.023	9.773	9.587	9.697	9.721	9.994	10.393	10.758	11.154	11.215	11.668	12.222	12.297	12.311	12.368	11.969	11.631	11.583	11.362	10.828	10.057								
S	2.411	2.955	2.240	2.950	2.320	3.092	3.230	3.165	3.087	2.925	2.739	2.906	2.955	2.931	2.994	3.229	3.249	3.344	3.522	3.611	3.971	3.748	4.023	3.970	3.957	3.973	4.087	4.018	3.762	3.469								
ST	8.800	7.726	7.678	7.727	6.117	7.735	8.780	8.756	8.645	8.859	8.646	8.876	8.994	9.250	9.609	10.152	10.324	10.309	10.660	10.508	11.255	11.318	11.358	11.330	10.880	10.761	10.592	10.612	10.059	9.365								
T	4.451	4.020	3.894	4.084	3.151	4.343	4.514	4.587	4.385	4.258	3.923	3.967	3.973	4.036	4.200	4.481	4.674	4.308	4.964	5.112	5.343	5.824	5.015	5.962	5.722	5.597	5.694	5.818	5.428	5.050								
V	2.301	2.177	2.123	2.003	1.596	2.313	2.325	2.265	2.117	2.136	1.942	2.191	2.213	2.229	2.159	2.283	2.327	2.541	2.575	2.644	2.859	2.925	2.934	3.082	2.902	2.928	2.906	2.905	2.805	2.542								
W	15.234	13.274	13.463	13.591	10.194	10.253	13.492	12.033	9.972	8.384	6.927	6.704	6.335	6.549	6.584	6.860	7.422	7.639	8.292	8.672	9.188	9.370	9.800	9.786	9.653	9.754	10.024	9.933	9.142	8.635								
Sa.	50.795	51.220	51.247	51.065	39.161	47.870	57.187	55.519	52.264	51.462	48.957	50.904	51.409	52.224	53.714	56.106	58.090	58.777	60.972	62.383	65.553	65.914	66.555	67.024	64.860	63.972	63.247	63.405	50.740	56.114								
Spät abw.	1961	1961	1962	1962	1964	1964	1965	1965	1966	1966	1967	1967	1968	1968	1969	1969	1970	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990

STELLUNGSNACHWEIS

HAUPTSTELLUNG 1975 - gesamtes Bundesgebiet

zu VI des Berichtes

III-34 der Beilagen XIV.GP - Bericht - 02 Hauptdokument Beilagen (gescanntes Original)

Follaufende Zahl	Stellungs-ort	Vor der Stellungs-kommission erschienen		Von der Stellungskommission beurteilt									Anträge wurden eingebraucht		Anmerkung				
				Stellungspflichtige			Freiwillige			Summe									
		Stellungspflichtige	Freiwillige	Summe der Spalten 3. u. 4	tot	vorbereitend untauglich	untauglich	tauglich	vorbereitend untauglich	tauglich	Summe 8 und 11	Summe 9 und 10	Summe 7 und 8	Summe 6 und 7					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1	EURGENLAND	2194	124	2318	1997	43	154	119	1	4	2116	44	156	-	2318	23	261	2	
2	KIRNEN	4190	284	4474	3800	89	301	280	1	3	4080	90	304	-	4474	71	668	24	
3	NIEDERÖSTERREICH	10363	533	10901	9128	566	669	516	11	11	9344	577	600	-	10901	109	1184	19	
4	ÖBERÖSTERREICH	9279	443	9722	8353	283	638	423	10	10	8776	278	648	20	9722	73	1117	93	
5	SALZBURG	2937	177	3114	2693	38	206	169	1	7	2862	39	213	---	3114	22	346	6	
6	STEIERMARK	8989	387	9376	8216	485	288	376	10	1	8592	495	289	-	9376	229	1300	78	
7	TIROL	4031	168	4199	3382	342	307	156	5	7	3538	121	314	226	4199	6	531	36	
8	VORARLBERG	2032	113	2145	1662	228	142	100	7	6	1762	139	148	96	2145	8	299	12	
9	WIEN	5849	504	6353	5216	236	397	486	8	10	5702	178	407	66	6353	5	1035	25	
	S U M M E	49864	2738	52602	44447	2315	3102	2625	54	59	47072	1961	3161	408	52602	546	6741	297	

Beilage 25
zu VI des Berichtes

ERSATZVERTEILER für 5 ET

Aufbringung	ET IV/76	%	ET VII/76	%	ET X/76	%	ET I/77	%	ET IV/77	%	Gesamtaufb.	%
M 5	539	4,7	597	8,6	275	2,3	702	10	526	4,7	2639	4
M 7	533	4,6	525	7,7	1309	10,9	931	13,3	612	5,4	3910	1
M 20	2662	23,0	1066	15,4	3076	25,6	1223	17,4	2737	24,3	10764	2
M 20	1732	15,0	1698	24,6	1369	11,4	825	11,8	1755	15,6	7379	1
M 6	894	7,7	1110	16,1	590	4,9	173	2,5	956	8,5	3723	6
M 18	1588	13,7	1183	17,2	1975	16,4	1514	21,6	1630	14,5	7895	2
M 7	1451	12,6	162	2,3	1147	9,5	734	10,5	1011	9,0	4505	2
M 3	436	3,8	95	1,4	793	6,6	95	1,3	456	4,1	1875	9
M 14	1718	14,9	463	6,7	1495	12,4	813	11,6	1559	13,9	6048	14
Kontingente: Heer			11553	100	6904	100	12029	100	7010	100	11242	100
												100

III-34 der Bellagen XIV. GP Bericht 02 Hauptdokument Bellagen (gesamt) Original

Beilage 26

zu VI des Berichtes

Ü b e r s i c h t

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden unbefristeten Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Berufszugehörigkeit

	öffentl. Dienst*)	Post	ÖBB	Bergbau	Schiff- fahrt	Zivil- luftfahrt	Hand- u. Forstwirt- schaft	Handel, Gewerbe u. Industrie	Ärzte	Sonstige	Summe
B	169	59	104	2			791	132		45	1.302
K	259	133	331		13		1.552	186	12	116	2.602
N	939	314	1.365	2	21	2	4.992	911	31	159	8.736
O	901	179	597	74	10	1	2.827	691	31	144	5.455
S	262	108	236	3		1	768	312	13	98	1.801
ST	925	261	599	16	10	2	2.919	610	84	114	5.540
T	656	143	451	1			1.033	288	30	98	2.700
V	263	31	145	1			374	167	13	33	1.027
W	968	702	676	1	25	21	125	777	106	388	3.789
Summe	5.342	1.930	4.504	100	79	27	15.381	4.074	320	1.195	32.952

*) soweit nicht in den folgenden Spalten enthalten

Ü b e r s i c h t

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden unbefristeten Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des GWD
aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Geburtsjahrgängen

	Bgld.	Kntn.	NÖ.	ÖÖ.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vlbg.	Wien	Summe
1937	69	122	611	457	121	345	123	53	237	2.138
1938	69	152	665	394	101	314	154	38	193	2.080
1939	117	137	646	367	99	428	147	49	230	2.220
1940	98	125	497	289	75	326	137	43	243	1.833
1941	88	115	429	260	76	331	128	34	249	1.710
1942	93	170	544	422	130	334	124	73	347	2.237
1943	49	139	404	347	108	346	156	72	302	1.923
1944	50	130	413	268	104	322	134	55	330	1.806
1945	35	98	280	210	68	272	118	63	215	1.359
1946	50	146	314	289	99	231	125	59	190	1.503
1947	74	148	468	297	88	278	162	48	243	1.806
1948	79	148	505	237	97	273	166	63	205	1.773
1949	82	169	510	262	114	210	165	78	172	1.762
1950	101	172	475	279	115	319	166	68	149	1.844
1951	75	141	530	279	105	282	167	53	155	1.787
1952	48	130	436	232	96	259	153	54	66	1.474
1953	30	111	348	204	77	233	137	50	97	1.287
1954	52	108	325	184	57	229	118	40	89	1.202
1955	43	140	334	176	71	207	119	34	75	1.199
1956		1	2	2		1	1		2	0

Beilage 27
zu VI des Berichtes

Ü b e r s i c h t

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden befristeten Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des GWD
aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Berufszugehörigkeit

	öffentl. Dienst *)	Post	ÖBB	Bergbau	Zivil- Luftfahrt	Ärzte	Land- und Forstwirtch.	Handel, Gewerbe u. Industrie	Sonstige	Summe
B	55	1	1			2	1		2	62
K	15	1	2			5	2	3	3	31
N	79		12			10	10	9	13	133
O	57	2	4			13	3	5	3	87
S	14					1	3	3	4	25
ST	27		3			14	60	11	11	126
T	17	1	7			4	1	8	9	47
V	18					6	4	12	6	46
W	123	2	20		1	26		13	56	241
Summe	405	7	49		1	81	84	64	107	798

*1 kommt nicht in den folgenden Spalten enthalten

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden befristeten Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des GWD aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Geburtsjahrgängen

	Bgld.	Kntn.	NÖ.	OÖ.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vlbg.	Wien	Summe
1940					1				2	3
1941	1		2	1				2	1	7
1942		1	1	2		5	2	1	5	17
1943	1	2	10	14		7	2	2	16	54
1944	1	4	6	8		8	6	3	46	82
1945			2	5	1	5	4	3	17	57
1946		2	7	12		5	3	3	26	58
1947		1		2	4	3	1	1	10	22
1948			2	2	1	1	2	2	12	22
1949	2		1	1	3	7		2	7	23
1950			5	3		8	3		5	24
1951		1	2			9			6	18
1952		3	9	4		13	4	4	6	43
1953	3	2	5	2	3	17	5	8	8	53
1954	20	5	20	14	7	15	10	7	21	119
1955	33	9	57	17	5	22	5	8	51	207
1956	1	1	4			1			2	9
Summe	62	31	133	87	25	126	47	46	241	798

Beilage 28
zu VI des Berichtes

Ü b e r s i c h t

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden Aufschiebungen der Einberufung zum GWD
aufgeschlüsselt nach Berufszugehörigkeit und Ergänzungsbereichen

	öffentl. Dienst *)	Post	ÖBB	Bergbau	Schiffahrt, Zivilluft- fahrt	Land-u. Forstwirt- schaft	Handel, Gewerbe u. Industrie	Andere rück- sichtswürdige Gründe	Schüler	Hoch- schüler	Ärzte	Summe
B						4	236	18	247	309	11	825
K	2		2			15	477	4	669	581	26	1.776
N	2					36	727	6	945	1.204	64	2.984
O						22	805	3	1.018	1.201	79	3.123
S	1	1	1			18	226	4	314	397	17	979
ST	2					52	605	10	1.135	1.370	75	3.249
T	3					28	389	3	611	505	41	1.580
V	1					7	253	20	358	190	13	842
W	8					1	32	498	864	2.558	139	4.100
Summe	19	1	3			183	3.750	566	6.161	8.315	465	19.463

*) außer nicht in den folgenden Spalten enthalten

Übersicht

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden Aufschiebungen der Einberufung zum GWD
aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Geburtsjahrgängen

	Bgld.	Kntn.	NÖ.	ÖÖ.	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vlbg.	Wien	Summe
1943									1	1
1944							1		2	3
1945	3	5	12	16	4	27	13	3	43	126
1946		10	10	25	6	12	14	3	31	111
1947	13	32	66	77	25	99	23	12	248	595
1948	9	39	68	63	23	99	38	11	235	585
1949	17	45	64	75	25	114	37	22	179	578
1950	12	72	102	113	46	142	70	21	241	819
1951	36	102	148	167	52	190	82	31	304	1.112
1952	57	117	210	265	69	310	123	58	439	1.648
1953	107	173	295	332	114	377	162	82	423	2.065
1954	149	295	527	497	171	569	264	175	631	3.278
1955	420	882	1.479	1.490	434	1.301	743	416	1.323	8.488
1956	2	4	3	8	10	9	10	7		53
1957								1		1
Summe	825	1.776	2.984	3.128	979	3.249	1.580	842	4.100	19.463

Beilage 29

zu VI des Berichtes

Übersicht

über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des aopD
aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Berufszugehörigkeit

	öffentl. Dienst *)	Polizei	Gendarmerie	Justizwache	Feuerwehr	Zollwache	Handel, Gewerbe u. Industrie	Land- u. Forstwirtschaft	Sonstige	Summe
B	112	170	216	12	18	51	7	15	1	602
K	758	267	280	27	17	102	36	19	46	1.552
N	1.103	521	839	190	210	84	6	1	76	3.030
O	314	384	540	82	17	115	32	61	102	1.647
S	263	120	240	32	85	180	19	30	143	1.112
ST	591	518	687	82	139	192	4	14	120	2.347
T	436	122	354	23	8	326	10	23	44	1.346
V	79	3	234	4		176	3	2	15	516
W	488	796	113	65	279	9	79	2	29	1.860
Summe	4.144	2.901	5.503	517	773	1.235	196	167	576	14.012

*) kommt nicht in den folgenden Spalten enthalten

Übersicht
über die mit Stichtag 31.12.1974 bestehenden Befreiungen von der Verpflichtung zur Leistung des aoPD
aufgeschlüsselt nach Ergänzungsbereichen und Geburtsjahrgängen

	Bgld.	Kntn.	NÖ.	OÖ.	Shg.	Stmk.	Tirol	Vlbg.	Wien	Summe
Bis 1936	16	52	81	38	46	77	61	14	44	429
1937	30	59	96	73	48	85	61	26	80	558
1938	37	64	149	63	64	105	71	31	119	703
1939	47	103	210	115	87	176	97	35	169	1.039
1940	37	92	225	143	79	170	89	34	180	1.049
1941	37	93	185	121	95	165	113	52	174	1.035
1942	26	80	189	130	80	154	117	33	147	956
1943	34	81	204	106	72	145	94	40	129	905
1944	29	91	218	97	66	147	101	39	123	911
1945	9	71	153	68	70	136	63	22	98	690
1946	35	114	173	105	75	163	104	35	87	891
1947	32	110	235	124	63	146	66	37	154	957
1948	48	96	232	83	64	135	77	28	117	880
1949	35	102	171	83	57	135	47	22	86	738
1950	26	127	162	93	53	127	70	10	73	741
1951	29	85	135	64	34	83	39	16	28	513
1952	20	61	75	56	27	76	31	15	22	383
1953	39	38	96	56	18	73	31	12	19	382
1954	31	29	33	20	12	40	9	12	10	196
1955	3	3	6	8	2	7	2	2	1	34
1956	2	1	2	1		2	3	1		12
						2.317	1.346	516	1.860	11.012

Darstellung des Landesverteidigungsbudgets 1956 - 1976

Jahr	Bruttonationalprodukt	Gesamtbudget	Landesvert.Budget	Anteil BNP %	Anteil GB %	h i e v o n	
						Personalaufwand u. gesetzl. Verpflichtungen	Sachaufwand
Erfolg in Millionen Schilling							
1956	119.190	31.093'45	716'75	0,50	2.31	193'24	523'51
1957	131.949	36.278'87	1.416'99	1,07	3.91	317'64	1.099'35
1958	137.422	41.364'01	1.650'73	1,20	3.99	449'34	1.201'39
1959	146.325	42.039'30	1.729'13	1,18	4.11	532'94	1.196'19
1960	163.253	45.167'74	1.681'44	1,02	3.72	621'42	1.060'02
1961	180.761	49.992'69	1.710'41	0,94	3.42	732'50	977'91
1962	192.349	54.113'21	1.881'23	0,97	3.48	834'25	1.046'98
1963	207.319	59.074'46	2.412'99	1,16	4.08	956'79	1.456'20
1964	227.136	62.708'87	3.207'93	1,41	5.12	1.085'06	2.122'87
1965	247.431	66.646'21	2.754'20	1,11	4.13	1.207'68	1.546'52
1966	267.573	72.258'59	3.258'68	1,21	4.51	1.352'14	1.906'54
1967	283.161	80.149'56	3.567'44	1,25	4.45	1.598'06	1.969'38
1968	302.762	86.174'35	3.666'49	1,21	4.25	1.657'29	2.009'20
1969	331.700	93.193'52	3.894'34	1,17	4,18	1.813'97	2.080'37
1970	371.200	101.584'07	4.014'23	1,07	3.95	1.910'83	2.103'40
1971	412.700	112.567'39	4.094'83	0,99	3.63	2.043'73	2.051'10
1972	469.400	127.888'90	4.712'43	0,99	3.68	2.286'85	2.425'58
1973	533.300	141.150'80	5.151'73	0,97	3.65	2.629'51	2.522'22
1974	616.800	167.133'30	6.373'46	1,03	3.81	3.239'97	3.133'59
V o r a n s c h l a g							
1975	650.600	184.442'33	6.802'97	1,04	3.69	3.735'08	3.067'89
1976	712.400	215.418'87	7.922'15	1,11	3.68	4.270'25	3.651'90

Beilage 31
zu VII des Berichtes

ZUSAMMENSTELLUNG DER VORBELASTUNGEN IN DEN JAHREN 1965 - 1975

Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Stand der Vorbbelastungen im Jahre	Stichtag 30.Juni	Stichtag 31.Dezember
1965		940,947.865
1966	828,157.565	900,426.430
1967	592,867.475	873,893.344
1968	615,908.673	1.517,617.439
1969	1.677,570.456	2.747,512.119
1970	3.316,255.600	3.864,875.795
1971	3.238,791.802	3.492,296.805
1972	2.543,406.977	2.582,151.231
1973	1.918,714.808	2.692,379.499
1974	2.215,644.446	3.585,917.010
1975	2.630,697,062	3.311,743.880

Beilage 32

zu IX des Berichtes

FÜHRUNGSRICHTLINIEN

=====

Für die Führung des HMatA wird nachstehender Stil festgelegt:

A. Grundsätze

1. Für die materielle Tätigkeit und das Verhalten der einzelnen Angehörigen gelten die einschlägigen Rechtsnormen (Gesetze, Verordnungen, Erlässe, Befehle usw.).
2. Den Inhalt des Führungsstiles bilden die Mitarbeiterverantwortung und Delegation innerhalb des in Pkt 3 gesteckten Rahmens.
3. Jeder Mitarbeiter erhält einen in der Stellenbeschreibung festumrissen Aufgaben-, Kompetenz- und Verantwortungskreis, innerhalb dessen er zu handeln und zu entscheiden hat, um so das ebenfalls in der Stellenbeschreibung gesteckte Ziel zu erreichen.
4. Gegenständliche Führungsrichtlinien plus Inhalt der Stellenbeschreibung bestimmen daher die fachlichen und führungsmäßigen Aufgaben der Mitarbeiter.

B. Pflichten der Sachbearbeiter

1. Innerhalb seines Delegationsbezirkes selbständiges Handeln und Entscheiden; keine Rück- oder Weiterdelegation der ihm in der Stellenbeschreibung zur persönlichen Erledigung übertragenen Aufgaben.
2. Bei außergewöhnlichen Fällen entsprechende Anträge an seinen Vorgesetzten.
3. Beratung seines Vorgesetzten.
4. Laufende Information seines Vorgesetzten über seine Tätigkeit.

5. Laufende Information auch an andere Stellen des Amtes, von denen berechtigtes Interesse angenommen wird.
6. Bei der Durchführung von Aufgaben, mit denen verschiedene Stellen befaßt sind, ist abzustimmen bzw. bei Fehlen einer Übereinstimmung den gesamten Vorgang dem nächsthöheren Vorgesetzten zur Entscheidung vorzulegen.
7. Pflicht der Intensivierung seines Aufgabenbereiches und entsprechende Vorschläge an den Vorgesetzten.
8. Pflicht zur angemessenen Weiterbildung und Ablegung entsprechender Prüfungen.

C. Pflichten als Vorgesetzter

Allgemeines:

Der Vorgesetzte entlastet nicht nur mit seinen Entscheidungen seine Gruppe, sondern hat auch in der Menschenführung wichtige und vielseitige Aufgaben:

- a) Behandlung der unterstellten Mitarbeiter so, wie man selber behandelt werden möchte;
- b) Individuelle Behandlung der Mitarbeiter;
- c) Vorangehen mit gutem Beispiel;
- d) Ökonomisches Umgehen mit den Machtbefugnissen;
- e) Förderung der Zusammenarbeit.

Im einzelnen:

1. Sorge für die richtige Dienstpostenbesetzung der ihm unterstellten Delegationsbezirke mit fachlichen und führungsmäßig qualifizierten Kräften; ist dies nicht der Fall, hat er entsprechende personelle Maßnahmen einzuleiten oder zu beantragen.

2. Vornahme der Überprüfung der Arbeiten Unterstellter durch Kontrollen und Eingreifen in Notfällen.
3. Festlegen von Prioritäten Teil- und Einzelzielen, die von den Mitarbeitern innerhalb gesetzter Frist zu erfüllen sind.
4. Koordination der Tätigkeit seiner Mitarbeiter im Sinne der Zielsetzung seines Führungsbereiches.
5. Übersteigt eine Entscheidung seiner Entscheidungskompetenz, legt er die Angelegenheit seinem Vorgesetzten als außergewöhnlichen Fall vor.
6. Information seiner Mitarbeiter.
7. Vornahme von Stichproben und Erfolgskontrollen.
8. Bei Aufdecken von Mängeln Vornahme der Kritik und Korrektur des Fehlverhaltens; Aussprechen von Anerkennung bei besonderer Leistung.
9. Förderung der Mitarbeiter in ihrer beruflichen Entwicklung und Beantragung der erforderlichen Maßnahmen bei der zuständigen Stelle.

D. Führungsmittel des Vorgesetzten

1. Das Mitarbeitergespräch

Das Mitarbeitergespräch dient der Beratung und Information des Vorgesetzten durch den oder die direkt unterstellten Mitarbeiter; der Vorgesetzte lernt hier Erfahrungen, Kenntnisse und Auffassungen im Hinblick auf die zu lösenden Probleme kennen.

Nach Anhörung der Mitarbeiter entscheidet der Vorgesetzte selbständig und in eigener Verantwortung.

2. Das Chefgespräch

Im Chefgespräch erteilt der Vorgesetzte den direkt unterstellten Mitarbeitern Richtlinien, Einzelaufträge und Anordnungen; er gibt Informationen und

verlangt von ihnen Auskünfte. Er bedient sich dieser Gesprächsform auch dann, wenn er Kritik übt und Anerkennung ausspricht.

3. Die Information

a) Information von oben nach unten:

Jeder Vorgesetzte informiert seine Mitarbeiter über das, was sie wissen müssen, um in ihrem Aufgabenbereich richtig handeln und entscheiden zu können. Die Informationen erfolgen periodisch oder "ad hoc".

b) Information von unten nach oben:

Ebenso hat jeder Mitarbeiter seinen Vorgesetzten über seine Tätigkeit unaufgefordert Information zu erteilen; diese Informationspflicht erstreckt sich insbesondere auf Tatsachen, die der Vorgesetzte für seine Entscheidungen kennen muß und die ihn in die Lage versetzen, einen Gesamtüberblick zu erhalten.

c) Querinformation:

Jede Stelle ist verpflichtet, andere Stellen unaufgefordert über das zu informieren, was diese wissen müssen, um ihre Aufgaben optimal erfüllen zu können; dies geschieht auf dem direkten Weg zwischen den beteiligten Stellen.

d) Selbstinformation:

Jeder Vorgesetzte hat das Recht, sich außerhalb des Dienstweges bei ihm unterstellten Führungsebenen zu informieren. Diese Selbstinformation bildet eine Ausnahme und darf nicht zum Anlaß genommen werden, um der angesprochenen Stelle Anordnungen zu erteilen.

4. Die Kontrolle

a) Allgemeines:

Die Delegation von Verantwortung verlangt die Kontrolle delegierter Aufgaben; diese stellt eine Steuerungsfunktion des Vorgesetzten dar. Gegenstand der Kontrolle sind die

fachlichen Leistungen und das führungsmaßige Verhalten.

Jeder Kontrollakt zerfällt in drei Phasen:

Feststellung des Istzustandes,

Soll-Ist-Vergleich,

Auswertung.

Die Auswertung ist eine nichtdelegierbare Aufgabe des Vorgesetzten.

b) Stichprobenkontrolle:

Bei der Stichprobenkontrolle schaltet sich der Vorgesetzte zu wechselnden und dem Mitarbeiter nicht bekannten Zeiten in dessen Arbeitsbereich ein. Er stellt fest, ob der Mitarbeiter sich fachlich und führungsmaßig richtig verhält, die bestehenden Vorschriften befolgt und deren Einhaltung kontrolliert. Die Stichprobenkontrolle erfolgt nach einem voraus festgelegten Kontrollplan; dies schließt jedoch nicht aus, daß ein Fehlverhalten eines Mitarbeiters Anlaß zu einer Stichprobenkontrolle gibt. Eine Störung des Betriebsablaufes ist zu vermeiden. Vermutet der Vorgesetzte, daß ein fachliches oder führungsmaßiges Fehlverhalten eines Mitarbeiters ihn dazu zwingt, öfters zu kontrollieren, führt er eine verschärzte Stichprobenkontrolle durch.

Ist ein Vorgesetzter vorübergehend nicht in der Lage, die ihm obliegenden Stichprobenkontrollen ordnungsgemäß auszuüben, hat er seinen Vorgesetzten zu informieren.

Die stillschweigende Unterlassung der Stichprobenkontrolle - aus welchen Gründen auch immer - stellt eine Pflichtverletzung dar.

c) Die Erfolgskontrolle:

Durch Erfolgskontrolle wird festgestellt, was im Verlaufe eines bestimmten Zeitraumes in fachlicher und führungsmaßiger Hinsicht erreicht worden ist. Im Gegensatz zur Stichprobenkontrolle ist der Zeitpunkt der

Erfolgskontrolle so früh bekannt zu geben, daß sich der Überprüfte sorgfältig darauf vorbereiten kann.

d) Kontrollplan:

Der Vorgesetzte hat für jeden Mitarbeiter einen Kontrollplan auszuarbeiten, der sowohl Stichproben- als auch Erfolgskontrollen beinhaltet.

5. Kritik und Anerkennung

Mit Kritik und Anerkennung bezieht der Vorgesetzte Stellung zur fachlichen und führungsmäßigen Leistung seiner Mitarbeiter; das Ergebnis von Stichproben- und Erfolgskontrollen wird hier zu Grunde gelegt.

a) Die Kritik:

Mit der Kritik werden in erster Linie Fehlverhalten der Mitarbeiter korrigiert, Fehlerquellen ausgeschaltet und die Leistung verbessert. Dem Mitarbeiter ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten.

b) Die Anerkennung:

Die Anerkennung ist die positive Würdigung besonderer Anstrengungen und Leistungen.

6. Die Ersatzvornahme

Stellt der Vorgesetzte fest, daß der Mitarbeiter eine ihm übertragene Aufgabe nicht ordnungsgemäß erledigt oder erteilten Anordnungen pflichtwidrig nicht nachkommt, setzt er ihm eine Frist. Bei Nichteinhaltung der Frist ist der Vorgesetzte berechtigt, die Handlung selbst vorzunehmen oder Dritte damit zu beauftragen.

Muß die Ersatzvornahme angeordnet werden, ist gleichzeitig zu überprüfen, ob disziplinäre Maßnahmen einzuleiten sind. Bei durchgeföhrter Ersatzvornahme ist der Vorgesetzte zu informieren.

7. Der Einzelauftrag

Mit dem Einzelauftrag weist der Vorgesetzte einmalige und nicht vorhersehbare

Aufgaben, die in keiner Stellenbeschreibung enthalten sind, der Stelle zu, die dem Wesen der Aufgabe nach dafür zuständig ist.

Zuständig für die Erteilung eines Einzelauftrages ist der direkte Vorgesetzte. Über die in der Regel schriftlich zu formulierende Auftragserteilung sind alle beteiligten Stellen zu informieren.

8. Die Anordnung

Mit der Anordnung wirkt der Vorgesetzte steuernd auf bevorstehende oder laufende Arbeitsprozesse ein. Er muß sie dann geben, wenn aus seiner Sicht diese notwendig erscheint und wenn für die Tätigkeit eines Mitarbeiters Prioritäten festgelegt oder Termine gesetzt werden müssen, Koordinationsentscheidungen zu treffen oder, als Folge von Kontrollen, korrigierende Eingriffe angezeigt sind.

9. Die Anregung des Vorgesetzten

Mit der Anregung veranlaßt der Vorgesetzte seinen Mitarbeiter zu prüfen, ob bestimmte Gedanken oder Vorstellungen in dessen Arbeitsbereich nutzbringend verwendet werden können. Anregungen sind weder Einzelaufträge noch Anordnungen: Der Mitarbeiter ist lediglich verpflichtet, die Anregung des Vorgesetzten in die Überlegungen zur Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ist eine Entscheidung bereits gefällt, aber noch nicht durchgeführt, muß er die Angelegenheit unter Einbeziehung der Anregung nochmals überprüfen.

E. Das Team

1. Aufgabe und Stellung des Teams

Das Team ist eine Arbeitsgruppe, die - für eine bestimmte Zeitdauer oder als ständige Einrichtung - zur Lösung von Aufgaben eingesetzt wird, die wegen ihrer Komplexität nicht einer einzelnen Stelle zugewiesen werden

- 99 -

können. Seine Aufgaben sind in einer Stellenbeschreibung oder in Form eines Einzelauftrages festgehalten.

2. Verantwortung

Das Team als Ganzes trägt gegenüber dem Vorgesetzten die Verantwortung für die Erfüllung der gestellten Aufgabe.

3. Beendigung des Teams

Das Team endet mit der Erledigung der gestellten Aufgabe, mit der Erreichung des Termines oder durch Auflösungsentscheid durch den für die Einsetzung des Teams zuständigen Vorgesetzten.

F. Die Kommission

1. Aufgabe und Stellung der Kommission

Die Kommission wird zum gleichen Zweck und gleicher Weise eingesetzt wie das Team. Im Gegensatz zum Team erfolgt die Auftragerteilung an den Leiter der Kommission. Die Beschlüsse werden nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern durch den Kommissionsleiter gefaßt.

2. Arten der Kommission

Das Verhältnis zwischen dem Leiter der Kommission und den einzelnen Mitgliedern kann wie folgt gestaltet sein:

Zwischen Leiter und den übrigen Mitgliedern wird ein Fachvorgesetztenverhältnis begründet. Die Arbeit in der Kommission erfolgt nach den Regeln des Mitarbeiter- und Chefgesprächs oder zwischen dem Leiter der Kommission und den Mitgliedern besteht kein Unterstellungsverhältnis. Die Kommissionsarbeit erfolgt nach den Regeln des Round Table-Gesprächs.

3. Verantwortung der Kommissionsmitglieder

Im Gegensatz zum Team trägt nur der Kommissionsleiter die Verantwortung für die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben.

4. Die Beendigung

Die Kommission beendet mit der Erledigung der gestellten Aufgabe, mit der Erreichung des Termins bei zeitlich befristetem Auftrag oder durch Auflösungsentscheid des für die Einsetzung der Kommission zuständigen Vorgesetzten.

G. Das Round Table-Gespräch

Hier werden Problemlösungen erarbeitet, Erfahrungen ausgetauscht, Meinungen erforscht, Standpunkte zur Kenntnis gebracht und koordiniert.

H. Linien-, Stabs- und Dienstleistungsfunktionen

1. Definition

Aufgaben können in Linien-, Stabs- oder Dienstleistungsfunktion wahrgenommen werden. Die Zuordnung der einzelnen Aufgaben an eine Stelle ergibt sich aus der Stellenbeschreibung.

In Linienfunktion (= "Linie") erfüllt der Stelleninhaber seine Aufgaben vorab durch Entscheidungen. In Stabsfunktion (= "Stab") hat der Stelleninhaber zu beraten, zu informieren, zu planen oder bei Kontrollen zugunsten anderer Stellen mitzuwirken. In Dienstleistungsfunktion wird der Stelleninhaber vorwiegend ausführend tätig.

Einem Stelleninhaber können gleichzeitig Linien-, Stabs- und Dienstleistungsfunktionen übertragen sein.

2. Das Verhalten des Stabes gegenüber der Linie (oder anderen Stäben)

- a) Der Stab hat gegenüber der Linie und gegenüber anderen Stäben keine Anordnungsbefugnis.
- b) Der Stab hat einen Anspruch auf Information.
- c) Der Stab ist verpflichtet, die Linie und andere Stäbe über alle Angelegenheiten zu informieren, die deren Delegationsbezirk berühren, es sei denn, die Herausgabe bestimmter Informationen sei im Einzelfall aus Gründen der Geheimhaltung gesperrt.
- d) Der Stab ist verpflichtet, unaufgefordert auch dann beratend tätig zu werden, wenn die Linie oder der Stab, den er beraten muß, auf seinen Rat keinen Wert legt. Stellt der Stab fest, daß eine Stelle ihn bewußt nicht zur Beratung bezieht, so hat er seinen Vorgesetzten nach Rücksprache mit dem Stelleninhaber darüber zu informieren. Tritt dieser auf das Anliegen nicht ein, so ist der Stab zur Beschwerde verpflichtet.
- e) Trifft die Linie eine vom Rat des Stabes abweichende Entscheidung, die nach dessen Ansicht einen schweren Schaden zur Folge haben kann, ist der Stab verpflichtet, nach Rücksprache mit dem Stelleninhaber den Vorgesetzten der betroffenen Linienstelle und seinen eigenen Vorgesetzten zu informieren.
- f) Will der Stab seinem Vorgesetzten Vorschläge unterbreiten, die andere Aufgabenbezirke betreffen, dürfen diese erst dann vorgelegt werden, wenn sie mit dem zuständigen Stelleninhaber besprochen worden sind. Läßt sich keine Einigung erzielen, hat der Stab seiner eigenen Stellungnahme die Auffassung der anderen Stelle beizufügen. Ist eine Vernehmlassung des Stelleninhabers nicht eingeholt worden, so muß der Vorgesetzte die Vorschläge zurückweisen.

3. Das Verhalten anderer Stellen (Linie oder Stab) gegenüber Stäben

- a) Jede Stelle hat das Recht und die Pflicht, sich von den auf einem bestimmten Fachgebiet spezialisierten Stäben beraten zu lassen. Über außergewöhnliche Anforderungen ist der Vorgesetzte des Stabes zu informieren.
- b) Eine Stelle, die den Rat eines Stabes in Anspruch nimmt, kann diesem keine Anordnungen geben. Zur Erteilung von Anordnungen ist nur der Vorgesetzte des Stabes berechtigt.
- c) Jede Stelle ist verpflichtet, auf Anfrage eines Stabes diesem alle gewünschten Sachauskünfte zu erteilen, ohne daß der Dienstweg eingehalten werden muß.

I. Der Haupt- und der Fachvorgesetzte

Der Hauptvorgesetzte übt gegenüber den ihm unterstellten Mitarbeitern seine Führungspflichten in allen Belangen aus, in denen nicht ein Fachvorgesetzter an seine Stelle tritt.

Der Fachvorgesetzte übt gegenüber den ihm fachtechnisch unterstellten Mitarbeitern seine Führungspflichten nur bezüglich des begrenzten Fachgebietes aus.

Ergeben sich aus diesen verschiedenen Unterstellungsverhältnissen Interessenskollisionen, so legt der Hauptvorgesetzte die Prioritäten fest.

Die einzelnen Über- und Unterstellungsverhältnisse sind in der Stellenbeschreibung festgelegt.

J. Der Disziplinarvorgesetzte

Die entsprechenden gesetzlichen und erlaßmäßigen Vorschriften sind in Anwendung zu bringen.

- 103 -

K. Stellvertretung und Platzhalterschaft

Die Stellvertretung und Platzhalterschaft sichern bei vorübergehendem Ausfall eines Stelleninhabers den kontinuierlichen Arbeitsablauf.

1. Die Stellvertretung

Die Stellvertretung bedeutet, daß ein anderer als der Stelleninhaber im Namen des Vertretenen, aber in eigener Verantwortung handelt.

a) Formen der Stellvertretung:

Der hauptamtliche Stellvertreter ist als ständiger Stellvertreter eingesetzt und wird immer dann tätig, wenn der Stelleninhaber nicht in Tätigkeit treten kann oder will.

Der nebenamtliche Stellvertreter hat einen eigenen Arbeitsbereich zu betreuen und nimmt während der Abwesenheit des Stelleninhabers zusätzlich dessen Aufgaben wahr.

Begrenzte Stellvertretung bedeutet, daß sich haupt- oder nebenamtliche Stellvertretung nur auf einen Teil des Aufgabenbereiches des zu Vertretenden beziehen. Die Stellvertretung begründet keinen Anspruch auf Nachfolge.

b) Die Zusammenarbeit zwischen Stelleninhaber und Stellvertreter

Dafür gelten folgende Verhaltensregeln:

Der Stelleninhaber

- instruiert und informiert den Stellvertreter laufend über alle Vorgänge, so daß dieser jederzeit voll vertretungsfähig ist,
- verhält sich dem Stellvertreter gegenüber in jeder Weise loyal,
- kontrolliert die Stellvertretungsfähigkeit des Stellvertreters und informiert seinen Vorgesetzten unverzüglich, wenn der Stellvertreter die Anforderungen nicht mehr erfüllt.

Für Fehler seines Stellvertreters während der Vertretungszeit ist der Stelleninhaber nur so weit verantwortlich, als er die obigen Verhaltensregeln nicht eingehalten hat.

Der Stellvertreter

- hat sich stellvertretungsfähig zu erhalten,
- nimmt im Vertretungsfall die Aufgaben des Stelleninhabers wahr und handelt im Sinn und Geist des Stelleninhabers,
- verhält sich dem Stelleninhaber gegenüber in jeder Weise loyal,
informiert nach Ablauf der Vertretungszeit den Stelleninhaber über alle wesentlichen Vorkommnisse.

2. Die Platzhalterschaft

Der Platzhalter entscheidet, ob eine in Abwesenheit des Stelleninhabers auftretende Angelegenheit

- dem Stelleninhaber unverzüglich mitzuteilen ist, oder
- an eine dritte Stelle zur Entscheidung weitergeleitet werden muß, oder
- bis zur Rückkehr des Stelleninhabers zurückgestellt werden kann.

In der Sache selbst trifft der Platzhalter keine Entscheidungen. Der Stelleninhaber ist auch bei Abwesenheit für seinen Delegationsbezirk voll verantwortlich und bleibt über den Platzhalter mit der Stelle verbunden.

L. Der Dienstweg

Der Dienstweg ergibt sich aus den Über- und Unterstellungsverhältnissen und ist von unten nach oben und von oben nach unten gemäß den bestehenden Weisungen (ADV, DP und Dienstanweisungen) verbindlich.

- 105 -

M. Das Beschwerdewesen

Die bestehenden Rechtsnormen nach den einschlägigen Gesetzen, Verordnungen und Erlässen sind einzuhalten.

N. Inkraftsetzung und Revision der Führungsrichtlinien

Diese Führungsrichtlinien treten mit der Errichtung des HMatA in Kraft. Sie können durch den Leiter des HMatA jederzeit abgeändert oder außer Kraft gesetzt werden.

Statistik über "Besondere Vorfälle"

Beilage 33

Gesamtaufstellung Stand 1.1.1976

Beilage 33a
zu XII des Berichtes

Sesame Seed Oil Absorbency Measurements

UN-Binnsatz Stand 1.1.1976

Beilage 33b
zu XII des Berichtes

Statistik über Unfälle im Dienst
Stand 1.1.1976

	Todesfälle		Verletzungen (Unfälle)					Kfz-Unfälle			Davon Verletzte	Davon Tote	Summe	
	Jahre	Zahlen	Autos und Motorräder	Motorräder und Fahrräder	Gehörschaden	SUMME	Reihenfolge	Autos und Motorräder	Fahrzeuge bzw. Triebwagen	Verschuldungen				
1973	6	6	325	197	19	18	559	16	273	451	740	40	2	1305
1974	12	12	409	208	30	8	655	10	292	427	729	63	4	1398
1975	13	13	472	144	13	2	631	6	327	531	864	94	2	1508
SUMME	31	31	1206	549	62	28	1845	32	892	1409	2333	197	8	4201

Untersuchungsergebnis bei Todesfällen im Dienst

Stand 1.1.1976

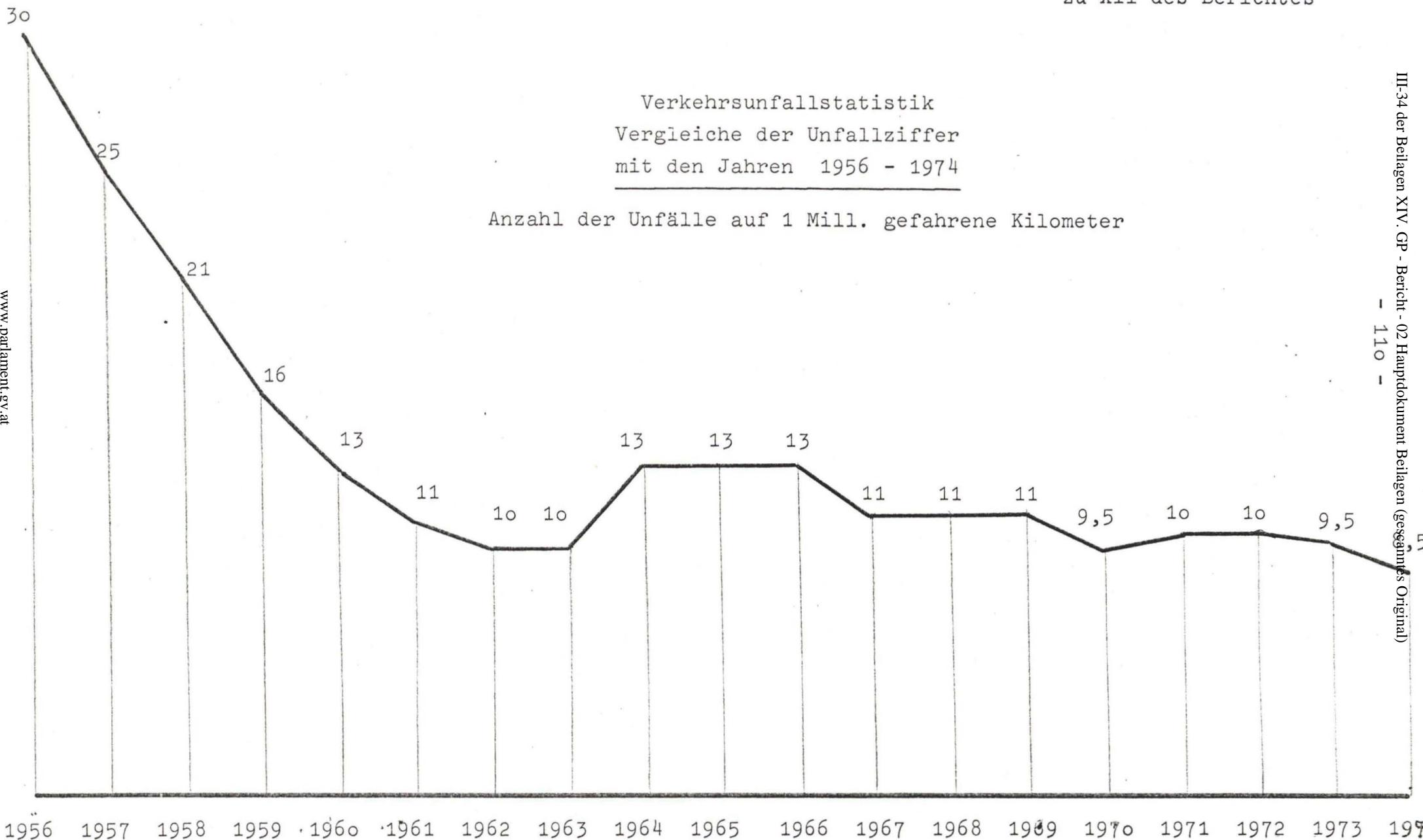
UNTERSUCHUNGSERGEBNIS

JAHR	ANZAHL	UN-Einsatz	Ausbildungsmaßnahmen	Kfz-Unglüe	Flugzeugabsturz	Gefechtsdienst	Wasserrettungsdienst	Schwimmenrettungsdienst	Motoren und Antrieb	Überfallen und Nötigung	Überfälle	Technische Fehler			
													1	2	3
1972	8				2	1							Fehlreaktion der Heereskraftfahrer.		
													Technisches Gebrechen.		
													Beim Marschieren im Gelände plötzlich tot zusammengebrochen.		
													Beim Überqueren eines Flusses mit Schlauchboot gekentert.		
													Durch Unachtsamkeit eines Kameraden im Wachdienst erschossen.		
													Gehirnblutung.		
													SYRIEN 4 (Minenunfall), CYPERN 3 (Fliegerangriff).		
													Fehlreaktion der Heereskraftfahrer.		
													Hitzschlag.		
													Durch Unachtsamkeit eines Kameraden im Wachdienst erschossen.		
													Herzversagen.		
													SYRIEN (Lebensmittelvergiftung).		
													Fehlreaktion der Heereskraftfahrer.		
													Wahrscheinliche Fehlreaktion.		
													Im Gelände von einem Blitz erschlagen.		
													Vom Amphibienfahrzeug gestürzt und ertrunken.		
													Standort des Fu-KW so ungünstig, daß bei laufendem Motor Auspuffgase in das Wageninnere drangen.		
													Kohlenmonoxidvergiftung.		
													Herzversagen.		
1974	16														
1975	15														

Beilage 34
zu XII des Berichtes

Verkehrsunfallstatistik
Vergleiche der Unfallziffer
mit den Jahren 1956 - 1974

Anzahl der Unfälle auf 1 Mill. gefahrene Kilometer



Beilage 34 a
zu XII des Berichtes

Verkehrsunfallstatistik
=====

U n f a l l s u r s a c h e n
=====

Trunkenheit am Steuer	1 Unfall	0,2 % ↗
Unerlaubte Inbetriebnahme von HKfz und Schwarzfahrten	5 Unfälle	1,3 % ↗
Übermüdung/ Einschlafen	5 Unfälle	1,3 %
Nichteinhalten der rechten Fahrbahnseite	7 Unfälle	1,8 %
Nichtbeachtung winterlicher Fahrverhältnisse	13 Unfälle	3,4 %
Vorschriftswidriges Überholen	21 Unfälle	5,5 %
Sonstige Ursachen	22 Unfälle	5,7 % ↘
Ungeschicklichkeit, mangelnde Übung	34 Unfälle	8,9 %
Nichteinhaltung des erforderlichen Abstandes vom Vorderfahrzeug	34 Unfälle	8,9 %
Fahren mit zu hoher Geschwindigkeit	37 Unfälle	9,7 % ↗
Nichtbeachtung des Vorranges	38 Unfälle	10,- %
Fehler beim Fahrstreifenwechsel und andere Unaufmerksamkeiten	55 Unfälle	14,3 %
Fehler beim Rückwärtsfahren, Wenden und Parken	111 Unfälle	29,- % ↗
<hr/>		383 Unfälle 100,- %
<hr/>		

154 Unfälle = 40 % durch Verstöße gegen die militärische Fahrdisziplin

Beilage 35

zu XII des Berichtes

Selbstmorde und Selbstmordversuche im österreichischen Bundesheer

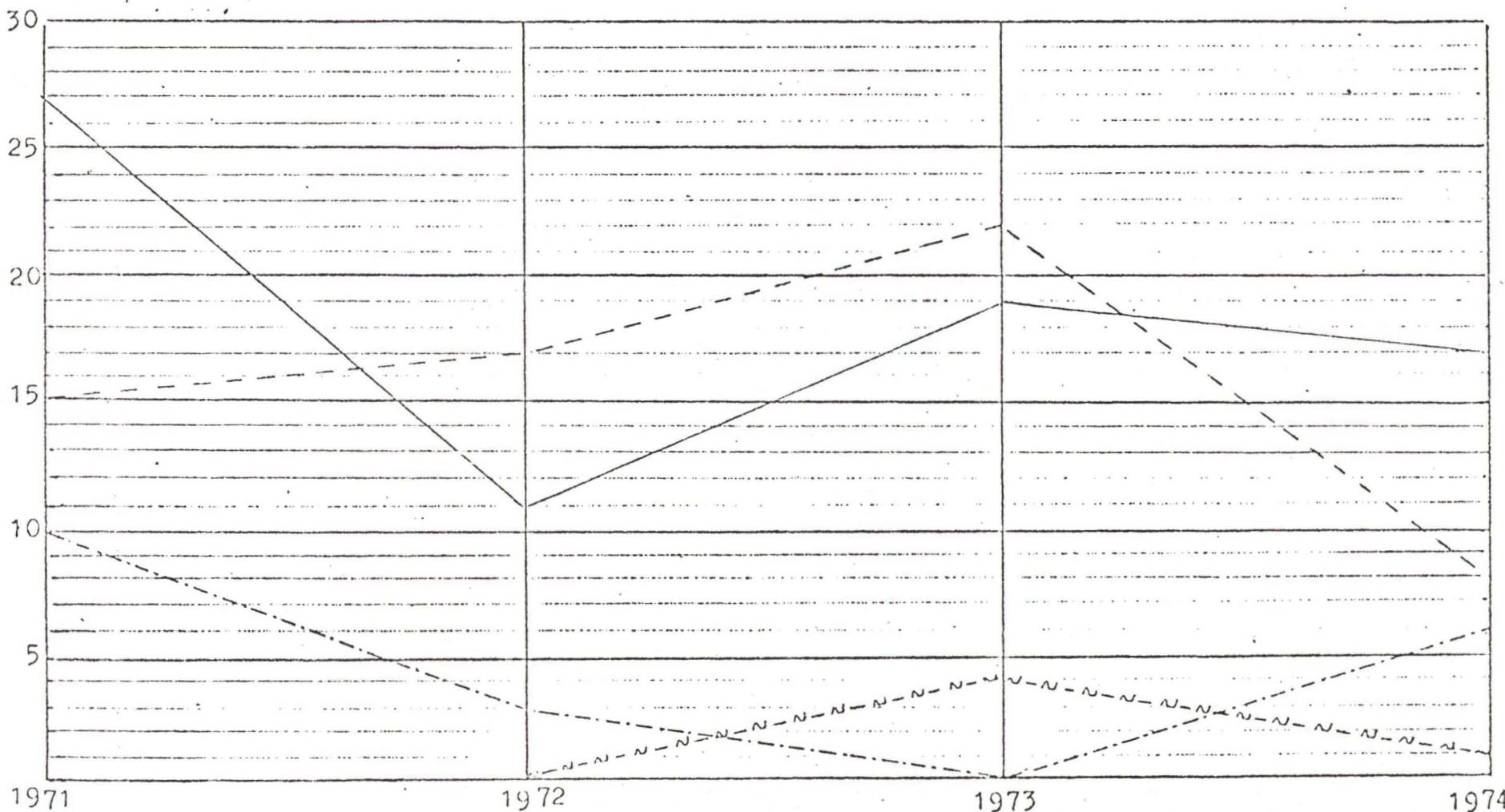
Berichtsjahr		Dienstgrad - Dienststellung										Lebensjahr			Art des Selbstmordes (Selbstmordversuches)						Motiv		Bereich	Tageszeit	Jahreszeit							
		oPD GWD	zvS	Berufs	Offiziere	Beamte	Vb I	Vb II	18-20	20-25	25-30	30-35	35+ ...	Erhängen	Erschlagen	Öffnen d. Schlagader u. Stich	Ertrinken	Gas (leucht-, Auspuff-, usw.)	Vergiftung (Tab., usw.)	Sturz aus Höhe (Fenster usw.)	Fahrzeug	Verschlucken v. Gegenst.	Androhung	unbekannt								
		Mannschaft	Charge	Charge	UO	BO																										
1971	Suicid	13	10	1			2		3	7	1	2	6	4																		
	Suicidversuch	130	126	2			2		75	48	3	4	6	2	65		2	26	4	1	20	4	5	121	4	85	45	84	46	38	25	22
1972	Suicid	7	4				1	2	4		3	2	4	1																		
	Suicidversuch	58	51	4	1		1	1	28	28	1	1	4	1	24		1	15	2	3	6	2	49	9	34	24	41	17	14	16	10	18
1973	Suicid	8	3				3	1	1	2	1	1	4	4	4																	
	Suicidversuch	58	54				3		35	16	3	4	1	3	19		18	6	11	7	41	10	31	27	26	32	9	18	16	15		
1974	Suicid	8	1	2			2	1	2	1	2		5	4	3																	
	Suicidversuch	76	70	2	2		1	1	45	27	3	1	6	3	31	3	1	23	2	6	1	6	39	31	41	35	47	29	18	29	18	11

Aufgrund der sanitätsärztlichen Meldungen wurde im nachhinein die oben erstellte Fachstatistik ausgearbeitet.
Naturgemäß kommt es daher zu Abweichungen gegenüber der Statistik "Besondere Vorfälle."

D R O G E N M I S S B R A U C H

Gegenüberstellung 1971 - 1974

Ausgewertete Unterlagen: Ärztliche Meldungen,
Meldungen über besondere Vorkommnisse



Legende:

- Suchtgiftfälle
- - Suchtgiftverdachtsfälle
- · - Medikamentenmissbrauch
- · - · Rauschgifthandel

Beilage 37

zu XIII des Berichtes

Hilfeleistungen gem. § 2 Abs. 1 lit. c WG

1.10.1974 - 30.9.1975

	BURGENLAND		NIEDER-ÖSTERREICH		STEIERMARK		KÄRNTEN		TIROL		SALZBURG		VOARLBERG		OBER-ÖSTERREICH		WIEN		GESANT	
	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.	Mann	Std.
<u>Einsatz zur Rettung von Personen</u>							72	1184	28	457			243	4166					343	5.82
Vermüttensuche Bergung von Verunglückten Bergung von Lawinenopfern																				
<u>Schneeräumung</u>					221	1630	528	3770	482	3442									1.231	8.84
<u>Allgem. Hochwassereinsatz</u>																				
Beseitigung von Vermürungen und Verklausungen, Straßenräumung und -instandsetzung, Hangsicherung, Dammarbeiten, Bau von Steinkästen	480	7203	1218	42934	567	10833	2864	58093	233	4630	491	16449			39	796	129	2473	6.021	143.41
<u>Brückenbau</u>																				
Stegbau, Behelfsbrückenbau, Brückeninstandsetzung, BAILEY- und D-Brückenbau, Abtragung nach Beschädigung von Brücken	65	5535	39	726	156	10419	389	13197	83	476	146	2135							878	32.48
<u>Brandbekämpfung</u>																				
Waldbrand, Großbrand					46	520			50	1075									96	1.59
<u>Sprengungen</u>							10	72	14	138			14	1020					38	1.23
<u>Sonstiger Einsatz</u>																				
Bergung Zirkuszelt, Felzbau Lebensmittelversorgung durch TT-Einsatz usw.					50	200	2	140	298	3894	19	195							369	4.429
S U M M E	545	12738	1353	44380	956	23094	4215	51351	845	9200	651	19604	243	4168	39	798	129	2473	6.976	197.626

Beilage 38

zu XIII des Berichtes

Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung

01.10.1972 - 31.12.1975

Zeitraum	01.10.72-30.09.73	01.10.73-30.09.74	01.10.74-30.09.75	01.10.75-31.12.75	= 115 =
Davon für	Arbeitsstunden				
Allgemeine Hilfeleistungen	57.732	56.069	97.836	Derzeit keine Auswertung möglich	
Für Wintersport - veranstaltungen	46.248	33.909	24.042	Derzeit keine Auswertung möglich	

Beilage 38a

zu XIII des Berichtes

Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung
Aufstellung nach Bundesländern

Ohne Wintersportveranstaltungen und die Vorbereitungsarbeiten
 für die XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976

Zeitraum

01.10.72-30.09.73

01.10.73-30.09.74

01.10.74-30.09.75

01.10.75-31.12.75

III-34 der Beilagen XIV.GP - Bericht - 02	Hauptdokument Beilagen (gescanntes Original)	Kann derzeit nicht mehr aufgefordert werden, da die entsprechenden Maßnahmen nicht mehr erforderlich sind															
		1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3	
Milkdo	Sonstige	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	Fil	
W	5	1			1	7.430											
N	14	3			2	7.270	18	1		2	14.089	20	2				
A	5	1				1.810	3			1	752	4			1	1.643	3
S+	5	3	1			3.920	4	3	1	2	5.013	3	1		4	7.846	3
K	7	2	1			2.682	13	2	1	3	10.907	10	3	4	7	16.528	5
O	4	3			3	8.350	5	1			16.127	5	1		3	4.635	1
S	15	4	3			14.289	2	1	2		516	10	2	3	4	14.307	1
T	9	3	5	5	11.482	2	1	4	1	3.992	3		7	7	13.200		
V		1		2	499						1				4.222		
SUMME:	64	21	10	13	57.732	52	9	8	10	56.069	58	9	14	38	97.836	16	1
																2	15

Beilage 38b

zu XIII des Berichtes

Mil. Luftfahrzeugeinsätze

Zeitraum	Starts	Flugzeit	Davon für:			Dolomittentreude Grenzvermerke Grenzmautung Verkehrtsweg Walltunng Graupeneiter- Post- und Mete-
			120 Std 43 Min	247 Std 28 Min	117 Std 58 Min	
01.10.72-30.09.73	2.364	889 Std. 02 Min.				
01.10.73-30.09.74	3.593	1000 Std. 17 Min.	34 Std 27 Min	187 Std 21 Min	176 Std 58 Min	
01.10.74-30.09.75	3.157	762 Std. 11 Min.	15 Std 29 Min			185 Std 22 Min 34 Std 05 Min
01.10.75-31.12.75	285	89 Std. 31 Min.				

Beilage 39

zu XIII des Berichte

Beistellung von Heeresgut

Nicht berücksichtigt wurden die Beistellungen von Heeresgut
für die XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976

Art der Beistellung	Zeitraum								III-34 der Beilagen XIV. CP - Bericht 02 Hauptdokument Beilage (geescannte Original)	
	01.10.72 - 30.09.73		01.10.73 - 30.09.74		01.10.74 - 30.09.75		01.10.75 - 31.12.75			
	Ansuchen	Stückzahl	Ansuchen	Stückzahl	Ansuchen	Stückzahl	Ansuchen	Stückzahl		
Kraftfahrzeuge (VW-Busse)	24	60	10	19	1	2	1	-		
Zubereitung von Verpflegung in Truppenküchen für Heeresfremde Personen	17	7950 P.	16	7290 P.	10	14700 P.	3	2500		
Feldküchen, Feldkochherde	4	5	5	8	3	4	-	-		
Beistellung von Kochkisten	18	278	16	256	11	161	3	42		
Betten	4	77	3	100	4	104	1	3		
Bettensorten	5	2370	3	900	1	150	1	3		
Zelte (in der Masse Kdo-Zelte)	7	27	3	8	6	29	-	-		
Pi-Maschinen	2	3	3	3	1	1	-	-		
Boote (Schlauch-, Pi-Boote, Fähren)	17	73	9	38	16	44	1	-		
Gewehre (StG 58, KM 1) für außerdienstliche Schießwettbewerbe	2	25	7	123	5	186	-	-		
Munition für außerdienstliche Schießwettbewerbe	5	51716	21	150100	35	256000	-	-		
FM-Gerät	3	11	7	34	8	67	-	-		
Sonstiges Heeresgut (Bekleidung und Ausrüstung, Minensuchgeräte, S-Rollen)	7	19	3	90	4	176	-	-		
SUMME:	115		106		105		10			

Beilage 40
zu XIII des Berichtes

Hilfeleistungen im Rahmen der Ausbildung
für die XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976

01.10.1973 - 31.12.1975

Zeitraum	01.10.73-30.09.74	01.10.74-30.09.75	01.10.75-31.12.75
Davon für	Arbeitsstunden		
Zur Vorbereitung der XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976 für das Olympische Komitee	214.220	222.320 332.897	110.577
Zur Vorbereitung der XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976 für ORF	-	27.950 37.190	9.240
Zur Durchführung der Probebewerbe für die XII. Olympischen Winterspiele INNSBRUCK 1976	-	58.130	-

Beilage 41
zu XIV des Berichtes

Medienübersicht 1968 - 1975

Presseberichterstattung

Presseberichte	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Wehrpolitische Themen:	3 395	2 628	6 658	8 995	5 050	3 865	3 313	2 541
Angriffe d. Wehrpol. d. BR:			465					
ABCR und Luftschutz:	206	182	186	256	129	246	112	159
Waffen und Geräte:	310	611	477	734	294	240	246	226
Verbandsübungen:	225	412	161	157	194	177	669	341
Grenzschutz:	283	196	45	10	44	83	38	95
Dienstbetrieb:	5 360	5 217	5 239	6 130	5 294	4 787	6 267	7 100
Ministeraussagen:	1 317	1 141	1 043	1 684	948	1 024	566	465
Veranstaltungen:	2 230	1 862	1 634	1 087	1 273	805	1 289	2 261
Assistenz:	944	747	983	585	765	565	777	1 262
Betreuung:	375	313	186	397	212	106	204	362
Sport:	1 632	2 280	1 748	1 492	1 380	1 331	1 678	2 853
Zypern u. Suez:	455	519	213	176	416	662	2 276	1 102
Polemik u. Glossen:	909	659	1 148	1 930	984	773	1 103	915
Summe:	17 641	16 767	20 186	23 633	16 983	14 664	18 548	19 682

Medienübersicht 1968 - 1975
Berichterstattung - Fernsehen

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Aktuelle Information	406	263	339	377	265	255	309	320
Filme	3	12	8	--	--	7	9	23*
Sendereihen	34	47	31	38	30	49	17	23
Sonstige Sendungen	14	7	25	37	26	18	36	22
G E S A M T Z A H L	457	329	403	452	321	329	371	388

* Werbespots

Medienübersicht 1968 - 1975
Berichterstattung - Hörfunk

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Aktuelle Information	1133	807	836	1159	746	705	945	897
Musik	103	117	124	74	77	70	69	77
Sendereihen	123	182	192	147	77	95	81	61
Sonstige Sendungen	5	9	18	20	24	14	18	14
G E S A M T Z A H L	1364	1115	1170	1400	924	884	1113	1049

Beilage 42

zu XVI des Berichtes

Durchgeführte und laufende Berufsweiterbildung
in der Zeit vom 1.3.1974 - 31.1.1976

<u>Berufsausbildung:</u>	<u>Anzahl:</u>
1. Matura	11 +
2. Dipl.Krankenpfleger	3 +
3. Verwaltungsfachdienst-Prüfung	3 +++
4. Beamtenaufstiegsprüfung	2
5. Metallarbeiter (Umschulung)	2 ++
6. Handelsakademiker	2
7. Musiker	2
8. Maschinenbauer (HTL)	2
9. Heimerzieher	1 +
10. Masseur	1 +
11. Prüfung f. den Verwaltungsdienst D	1 +
12. Schweißer (Umschulung)	1
13. Malermeister	1
14. Graph.Bundeslehr- und Versuchsanstalt	1
15. Offsetdrucker (Umschulung)	1 +
16. Feuerwehr-Schullehrer	1
17. Sprengbefugter	1
18. Hochschulstudium (Welthandel)	1 +
19. Kfz-Mechaniker-Meister	1 +
20. Werbeassistent	1
21. Rundfunk-u. Fernsehtechniker (Weiterschulung)	1
22. Gütertransporteur	1 +
23. Karosseriebauer (Umschulung)	1

24.	Buch- und Bilanzbuchhalter	1	+
25.	Bildhauer (Abschluß des Studiums)	1	
26.	Medizinisch-technischer Laborant	1	
27.	Hochschulstudium (Philosophische Fakultät)	1	
28.	Kraftfahrer	1	+
29.	Sicherheitswachebeamter (Bundespolizei)	1	
<hr/>			
	Insgesamt	48	
<hr/> <hr/> <hr/>			

- +) BWB abgeschlossen bzw. Ende durch Ablauf der Zeitverpflichtung
(16 Personen).

Ende der genehmigten Berufsweiterbildung

(zvS + fvGWD = 48 Personen)

1974	4	Personen
1975	12	- " -
1976	21	- " -
1977	10	- " -
1978	1	- " -
<hr/>		
	48	Personen

Beilage 42a

zu XVI des Berichtes

Aufteilung der durchgeföhrten und genehmigten Berufsweiter-
bildungen auf die einzelnen Militärkommanden

	zvS	fvGWD
MilKdo WIEN	8	6
MilKdo BURGENLAND	-	1
MilKdo NIEDERÖSTERREICH	4	2
MilKdo STEIERMARK	2	1
MilKdo OBERÖSTERREICH	2	1
MilKdo SALZBURG	8	5
MilKdo KÄRNTEN	1	2
MilKdo TIROL	-	1
MilKdo VORARLBERG	2	2

27

21

Laufende Ansuchen bei den Militärkommanden

(Stichtag: 1.2.1976)

<u>MilKdo:</u>	<u>Anzahl:</u>	<u>Ausbildung:</u>	<u>Kostenträger:</u>
WIEN	2	Sozialhelfer Sportlehrer	Arbeitsmarktverw. Ansuchen noch bei LAA
BURGENLAND	1	Kfz-Mechaniker (Weiterbildung)	Arbeitsmarktverw.
NIEDERÖSTERREICH	6	Maschinenschlosser Masseur Matura Beamtenaufstiegsprüfung (3)	Ansuchen noch bei LAA Arbeitsmarktverw. BMfLV BMfLV
STEIERMARK	-	-	,
OBERÖSTERREICH	1	Matura	BMfLV
SALZBURG	3	Dreher/Werkzeugschlosser Handelsakademie Starkstromelektriker	Ansuchen noch bei LAA
KÄRNTEN	1	Sicherheitswachebeamter	keine Kosten
TIROL	-	-	-
VORARLBERG	-	-	-

Beilage 42c
zu XVI des Berichtes

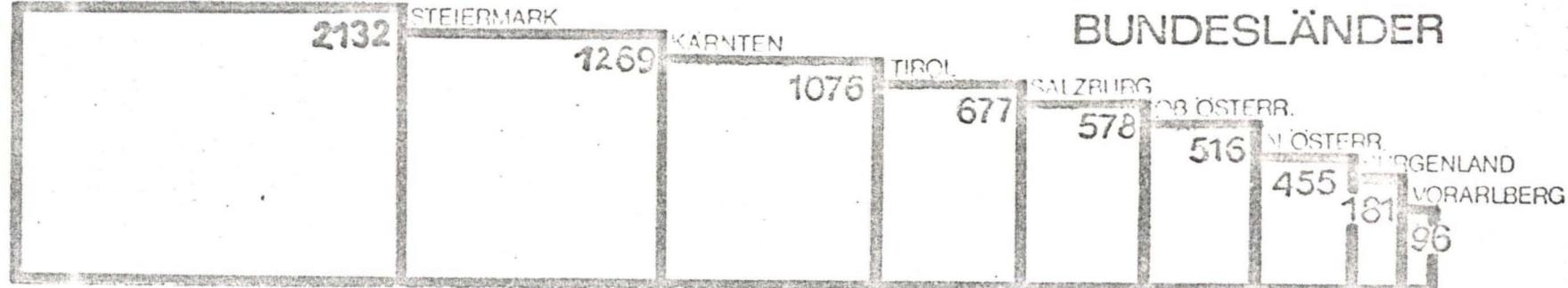
Aufschlüsselung der abgegebenen Ansuchen nach Quartalen

	1 9 7 4				1 9 7 5				Jänner 1976	Summe
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.		
fvGWD	3	2	3	4	-	4	4	7	4	31
zvS	-	1	6	1	4	6	7	8	5	38
Gesamt	3	3	9	5	4	10	11	15	9	69

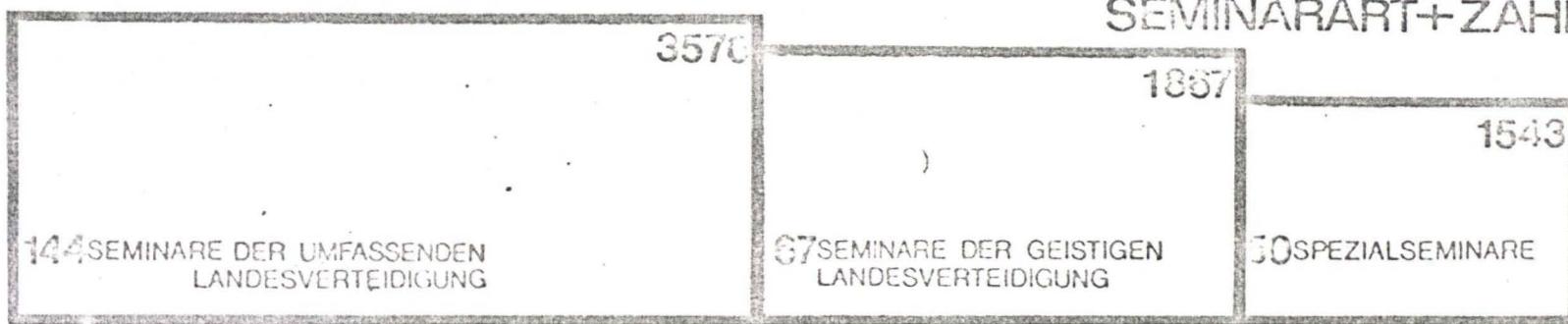
**261 Seminare
6960 Teilnehmer**

1965—1975

WIEN



BUNDESLÄNDER



LEHFER+SONSTIGE



